

Inhalt

PROLOG. ZONENGRENZE. ZURÜCK IM TAL DER AHNUNGSLOSEN	10
1. WECHSELRAHMEN. ZUGÄNGE ZUR DDR UND IHRER OPPOSITION	
1.1 Historiographie als Puzzlespiel	26
1.2 Das besondere Spannungsverhältnis zwischen Politik und Zeitgeschichte	27
1.3 Historiographische Konzepte zum Verständnis der DDR	34
1.3.1 Herrschaftsstrukturelle Ansätze	36
1.3.2 Nationalgeschichtliche Interpretationen	41
1.3.3 Transnationale Zugriffe	43
1.3.4 Industriegeschichtliche Perspektiven	47
1.4 Oppositionsgeschichte anders denken	49
1.5 Die intellektuelle Verbindung der Regimekritik	53
1.6 Das Untersuchungskonzept	56
2. TRANSFORMATORISCHE POLITIK. AUF DEM WEG IN DIE AUTONOMIE	
2.1 Die basale Erfahrung der Erstarrung	62
2.2 Rahmenbedingungen transformatorischer Politik	67
2.2.1 Der Primat rationaler Ökonomie in gesellschaftlichen Subsystemen	70
2.2.2 Staat, Recht und Gewalt als Garanten und Hindernisse der Freiheit	72
2.2.3 Die kritische Macht der Ideen	78
2.3 Kennzeichen transformatorischer Politik	84
3. ALTERNATIVEN. DIE KRITIK DER DISSIDENTEN AM REAL EXISTIERENDEN SOZIALISMUS	
3.1. Robert Havemann	92
3.1.1 Die Ikone der DDR-Opposition	92
3.1.2 Politische Alternativvorstellungen	94
3.1.3 Analyse und Kritik	96
3.1.4 Glaube an die F r e i h e i t	102
3.2. Wolfgang Harich	104
3.2.1 Der Epigone bürgerlich-marxistischer Intellektueller	104
3.2.2 Politische Alternativvorstellungen	106
3.2.3 Analyse und Kritik	109
3.2.4 G l e i c h h e i t als höchstes ökologisch-marxistisches Gebot	113

3.3.	Rudolf Bahro	114
3.3.1	Der Individualist und Querdenker	114
3.3.2	Politische Alternativvorstellungen	115
3.3.3	Analyse und Kritik	119
3.3.4	Durch B r ü d e r l i c h k e i t zur inneren Emanzipation	123
3.4	Die Minima einer ökologisch-sozialen Demokratie	124
4.	DER POLITISCHE STANDORT. DIE OPPOSITIONSGRUPPEN AM ENDE DER DDR	
4.1	Rolle und Entwicklung der Oppositionsgruppen seit den späten 1970er Jahren	132
4.2	Die Koordinaten des politischen Standorts der Opposition	137
4.2.1	Ideologiekritische Realitätsbeschreibung und Interessendefinition	137
4.2.2	Die Neubestimmung des leeren Ortes des Politischen	145
4.2.3	Die Schaffung politischer Handlungsmacht	151
4.2.4	Die Emanzipation der Individuen auf dem Weg in eine „andere Kultur“	158
4. 3	Die Vermessung des politischen Standorts der Opposition	161
5.	GEISTIGE SCHRITTMACHER. DISSIDENTEN IM MARSCHGEPÄCK DER OPPOSITION	
5.1	„Drehung“ des hermeneutischen Zirkels	170
5.2	Alternative Einflussfaktoren	172
5.2.1	Glasnost und Perestroika	172
5.2.2	Osteuropäische Opposition	174
5.2.3	Grüne Bewegung	181
5.2.4	Der „Geist des Protestantismus“	185
5.3	Fazit	188
EPILOG. GRENZZONE. ENTLASTET DIE WISSENSCHAFT VON DER DDR-GESCHICHTE		194
MATERIAL- UND LITERATURVERZEICHNIS		207

PROLOG

Zonengrenze.

Zurück im Tal der Ahnungslosen

So steht er da und hofft,
dass sein Arm ein Flügel werde.
Doch er altert nur
und hinkt schon ein wenig.
Man hat mit ihm geredet.
Man redet mit ihm.
Er sieht ein die Notwendigkeit,
nichts zu überstürzen. So stürzt er
sich nicht in die Luft,
wartet lieber auf den Windstoß,
der ihm die Entscheidung nimmt.
Hält das Beispiel wach und verhindert,
dass es als Beispiel wirkt.

Lutz Rathenow, *Erbe des Ikarus*

„Was ist damit gewonnen, wenn man herausgefunden hat, daß die DDR keine bürgerliche Demokratie und keine Wettbewerbsgesellschaft war? Das wußte man doch vorher“ (ENGLER 1999: 9).

Die Elite und der Mob. Im neuen Berlin sind sie ganz nah beieinander und doch durch Welten getrennt. Tagungsort Hertie School of Governance, Schlossplatz 1. Hier wird die international rekrutierte, operierende und (hoffentlich auch) denkende Schar von zukünftigen Regierungsexperten und Konzernangestellten aus- und weitergebildet. Der Leiter einer Konferenz zur – wie könnte es heute anders sein – Zukunft der Europäischen Union ergreift zur Eröffnung die Gelegenheit, mit seinen historisch-philosophischen Kenntnisse zu glänzen. Im Wissen um die bevorstehenden trockenen juristischen Ergüsse will er das Publikum in Form leichter Prosa in Stimmung zu bringen. So begrüßt er die Referenten und Gäste des im Retro-Stil – einschließlich Staatssymbolen und Fenstermosaiken – wiederhergestellten ehemaligen Staatsratsgebäudes der DDR, vormals Marx-Engels-Platz 1, mit den Worten: „Willkommen im Tal der Ahnungslosen!“ Die beiden einzig ostdeutschen Augenpaare des Konferenzsaals treffen sich so zielsicher wie gequält rollend. Was sich die beiden Personen wohl denken? Vielleicht fragen sie sich, warum anstelle des Machtzentrums der vielfach geschmähten DDR gerade dessen Marionettentheater – der die Volkskammer beherbergende „Palast der Republik“ – abgerissen worden ist, und warum das vielberufene Volk in seinen „progressivsten Elementen“ erst in der Agonie des „Palazzo Prozzo“ (Wolf Biermann) wirklich von diesem Besitz ergriffen hat. Möglich, dass die beiden ihre Langeweile angesichts der üblichen drögen Rhetorik solcher Reden zu bekämpfen suchen, in dem sie in der Eröffnungsrede die „Europa“-Schlagwörter gedanklich durch „Sozialismus“ ersetzen – eine der heimlichen Freuden derjenigen, die anstelle eines feuilletonistischen Zettelkastens noch ein historisches Gedächtnis besitzen. Es ist jedenfalls nicht auszuschließen, dass sie den neuen Hausherren von Herzen das Schicksal der alten wünschen, diesmal aber tatsächlich auf „Weltniveau“.

Tatort Berlin-Marzahn. Joe Rilla bringt „den Osten zurück auf die Karte“, betont selbstbewusst „aus der Platte auf die Platte“. Gegenüber den „Künstlern“ Fler und Sido vom Musiklabel Aggro Berlin, einem der großen deutschen *Produzenten* deutschen Raps, steckt der idealtypische Plattenbau-Rapper mal eben marktconform sein Großstadttrevier ab. Bullig wie der mitgeführte Kampfhund zeigt der (ehemalige) Hooligan, dass sich neben den zeitgenössischen arabischen Mitbewerbern um die Gunst der selbsternannten Ghetto-Kinder auch dann ordentlich Geld verdienen lässt, wenn statt auf die Gangster der New Yorker Bronx auf die sozialen Brennpunkte des Transformationsgebietes Ost Bezug genommen wird (vgl. SIMON/WILLEKE 2008). Jungs wie Rilla, der eigentlich Hagen Stoll heißt, laufen in der dritten deutschen Demokratie erst in der dritten Halbzeit zur Höchstform auf (vgl. FARIN/HAUSWALD 1998). „Böhse Osis“ steht auf dem T-Shirt über dem im Fitnessstudio aufgepumpten Körper, in Anspielung auf jene in den 1990er Jahren am rechten Rand fischende Hardrock-Band „Böhse Onkels“, die vielen Jugendlichen in ihrer Rebellion als Projektionsfläche diente. Er artikuliere die Wut im Bauch von 14 Millionen Ostdeutschen, behauptet Rilla in seinen Liedern und Interviews. Deren Leiden im Transformationsprozess habe keiner zur Kenntnis nehmen wollen und aus dem Westen würden sie pauschal als Rechtsradikale verunglimpft: „Und ich bin der Stolz dieser Platten, ich steh für Jungs, die nie eine faire Chance hatten. Zeiten ändern sich, niemand läuft hier mehr gebückt. [...] Mutterficker, ihr habt den Osten viel zu lange gedrückt.“ Welche Handlungen aus einer solchen Einstellung hervorgehen, lässt sich dann gewiss auf den Bildschirmen jugendlicher Mobiltelefonbesitzer besichtigen: „Ich hab das Klagen satt, setz alles auf eine Karte und fühl mich wie 89 auf der Straße. Danke für den Sekt, Du Spast, ich ex das Glas. Ich hau dir vor den Schädel, weil mein Bruder keine Arbeit hat!“ (RILLA 2007).

Der Mob und die Elite. Beide greifen scheinbar entkontextualisiert und mit völlig unterschiedlichen Motiven und Interpretationen auf Versatzstücke aus der Geschichte der DDR und ihres Untergangs zurück. Während es die neue globalisierte Führungsschicht offenbar für très chic hält, im Interieur der

1970er Jahre unter sozrealistischen Propagandaschinken auf Englisch über weitere radikale Schritte und die notwendigen sozialen „Anpassungsleistungen“ zur Errichtung von Freihandelszonen zu parlieren, handeln die Deklassierten unter Rekurs auf den (im Rückblick als anarchistisch verklärten) Herbst 1989 zunehmend als freie Radikale. Sie veranstalten nicht einfach nur stumpfsinnig eine kriminelle Jagd auf Ausländer, wie uns die Schockgewellten Medien und die auf ihnen surfenden Politiker so gerne glauben machen wollen. Sie attackieren vielmehr alles „Andere“, was sich jenseits der Grenze zwischen dem „Ghetto“, dem eigenen Rückzugs- und Schutzgebiet, und der als Kampfzone wahrgenommenen Außenwelt befindet: Polizei, Bürger, und natürlich alle Arten von „Punks“. Jene extremen Lebensbereiche von Mob und Elite, die so weit von einander entfernt scheinen, besitzen in jenen sie verkörpernden Personen doch eine innere Verbindung. Auf diese hat bereits Hannah Arendt in ihrer Untersuchung der Ursachen für die Vernichtung der europäischen Juden hingewiesen: Die seelisch-moralische Verwahrlosung der Mitglieder einer Gesellschaft zeigt sich zunächst am (unteren wie oberen) Rand, wobei deren Folgen zunächst immer die politischen, ökonomischen und kulturellen Minderheiten zu spüren bekommen (vgl. ARENDT 1966). Die Tendenz zur Geist- und Verantwortungslosigkeit scheint eine universale Gefahr der Moderne zu sein. So berichtet der polnische Schriftsteller Kazimierz Brandys von seinen Beobachtungen aus dem Paris des Jahres 1982:

„Wenn ich schrieb, daß man von der Unfreiheit wahnsinnig wird, dann gelüstet es mich bei dem Gedanken an den idyllischen sonntäglichen Aufzug, in dem ein Bild von Josif Wissarionowitsch mitgeführt wurde, zu schreiben, daß man von der Freiheit verblödet. Ich baue darauf, daß man mir beide Lästerungen vergeben wird“ (BRANDYS 1985: 66).

Der globale Kapitalismus mit seiner regionale Unterschiede verwertenden und überformenden Kulturindustrie sorgt in unserer Zeit dafür, dass die Flammen der internationalen Brennpunkte mit Leichtigkeit von einem Kontinent zum

nächsten überspringen können. Aus der linearen Zonengrenze der bipolaren Vergangenheit sind in der multipolaren Gegenwart variable Abgrenzungen geworden. Diese durchziehen die gesamte Gesellschaft und besitzen im (für die Globalisierung archetypischen) Raum des europäischen Integrationsprozesses wohl zudem eine nicht zu vernachlässigende transnationale Komponente. Mobilität ist in den multikulturellen Gesellschaften unserer Tage zu einem zentralen Kriterium der sozialen Schichtzugehörigkeit geworden: „In the city, one person’s home ground is another person’s hostile environment“ (BAUMAN 2001: 90). Wenn die neu erstandene Linkspartei nicht auf die Verbreitung sozialer Unzufriedenheit in ganz Deutschland verweisen würde, könnte man angesichts der Verankerung rechtsradikaler Strukturen in der ostdeutschen Provinz tatsächlich auf den Gedanken kommen, dass die Ethnisierung sozioökonomischer Probleme voranschreitet.

So wie das letzte Jahrzehnt des alten Jahrtausends im Lichte von 1989 der Abarbeitung an den überkommenen Machtmechanismen des „SED-Staats“ gewidmet war, so hat sich der mediale Fleischwolf im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends nach 9/11 der „islamischen Bedrohung“ angenommen. Zwar zeigen beide Konjunkturen gleichermaßen ekelhafte und gefährliche Überspitzungen, doch ist die Entwicklung für das in diesem Buch bearbeitete Themenfeld der DDR-Geschichte eher von Vorteil. So ist die Zeit für eine unvoreingenommene Betrachtung inzwischen günstiger geworden, nachdem bis Mitte der 1990er Jahre eine erste unnachgiebige Abrechnung mit SED, ihren Herrschaftsinstrumenten und ihrer „intellektuellen 5. Kolonne“ im Westen durchgeführt wurde, bis Ende des Jahrzehnts die Formalisierung der Erinnerung voranschritt und die Erweiterung des nationalen Gedächtnisses hinsichtlich der Opferdefinition unter Einbezug grenzübergreifender Perspektiven (bei Bombenkrieg, Vertreibung und Lagerdoppelnutzung in beiden deutschen Diktaturen) ab der Jahrtausendwende eingesetzt hatte. Jetzt, da sich die hysterischen Wellen bevorzugt an türkischen und arabischen Körpern statt an ehemaligen Spitzeln der Staatssicherheit brechen, ist der

Blick freier für eine Betrachtung der DDR-Geschichte jenseits politischer Vereinnahmung.

Die historische Aufarbeitung ist in der notwendigen Tiefe weitestgehend abgeschlossen, ebenso die juristische Wiedergutmachung und Rehabilitierung, so lückenhaft diese nach Lage der Dinge immer nur sein kann. Die (geschichts-)politische Verwertung gehorcht auch in der Berliner Republik dem Gesetz des abnehmenden Grenznutzens. Die politikwissenschaftliche Analyse, sachlich und problemorientiert, kann sich hingegen erst jetzt nachhaltig Gehör verschaffen. Wie sehr die Fixierung auf die nationale Gretchenfrage Wiedervereinigung retrospektiv den Blick auf die zeitgenössischen Absichten der historischen Akteure verstellt, offenbart ein jüngst veröffentlichtes Interview mit dem vormaligen Präsidenten des Bundesnachrichtendienstes, Dr. Hans-Georg Wieck (1985-1990). Wieck verweist auf Umfragen des BND zur Einstellung gegenüber der deutschen Frage unter DDR-Bürgern. Stabile Mehrheiten zwischen 72-78% sprachen sich demgemäß in den späten 1980er Jahren für eine Wiedervereinigung in Wohlstand aus. Verglichen mit diesem Ziel war das politische System – also auch die freiheitlich-demokratische Grundordnung – völlig *zweitrangig* (vgl. WENTKER 2008: 339). Die Existenz zweier deutscher Staaten war das Ergebnis des alliierten Sieges über die Nazideutschland, unter maßgeblichem Beitrag der Sowjetunion. Solange die Sowjetunion hegemoniale Interessen in Europa verfolgte, blieb diese Konstellation bestehen. Als die Reformer um Gorbatschow auf diesem vitalen Feld der Außenpolitik aus ökonomischen Zwängen heraus in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre einen Kurswechsel einleiteten, war das Schicksal der Zweistaatlichkeit besiegelt (vgl. ebd.: 357f.).

Die schnelle Wiedervereinigung war angesichts der turbulenten Entwicklungen des Jahres 1989 ein sowjetisches Geschenk an die Deutschen, aber auch an Europa. Die eher unfreiwillig beschenkten Europäer haben sich angesichts ihrer zunächst eher ablehnenden Haltung doch recht schnell an die Vorzüge dieser historischen Entwicklung gewöhnt. Den eigentlichen Adressaten hingegen ist der Umgang mit der neuen Form deutlich schwieriger

gefallen. Mit dem Abstand von 20 Jahren tritt wieder deutlicher zutage, dass auch zwei demokratische und prosperierende deutsche Staaten mit gemeinsamem Einfluss im vereinten Europa prinzipiell vorstellbar und keineswegs nur nachteilig hätten sein müssen. Möglich, dass sich auf diese Weise die heute doppelt von der Berliner Republik entfremdeten ost- und westdeutschen Bevölkerungskohorten stärker mit den tief greifenden Wandlungsprozessen hätten identifizieren können.

Natürlich war die deutsche Einheit im Vergleich zu 1989 für die Ostdeutschen im Ganzen gesehen materiell und liberal ein unglaublicher, weil unverhoffter Erfolg (vgl. SCHRÖDER 2007). Der Aufbau einer Dienstleistungsgesellschaft und die Revitalisierung des Mittelstands haben Fortschritte gemacht. Damit einher ging aber auch ein radikaler Wandel der Arbeitswelt der allermeisten Ostdeutschen – im Durchschnitt blieben nur 31% in ihrer vor 1989 innegehabten Beschäftigung (vgl. KÜHNEL 1997: 597) – sowie generell eine Abwertung der vorher privilegierten Stellung der Arbeiter im Ungleichheitsgefüge der DDR. Die überhöhten Erwartungen an die Angleichung der Lebensverhältnisse führten nicht nur zu großer Enttäuschung, sondern beschleunigten über die Lohnpolitik noch zusätzlich die Vernichtung industrieller Kapazitäten (vgl. BEYME 1995: 44f). Besonders problematisch erscheint heute der weiterhin fast monoethnische Charakter der ostdeutschen Teilgesellschaft, die auf die rasante ethnische Pluralisierung im Westen kaum vorbereitet ist. Angesichts der enormen institutionellen und ökonomischen Schwierigkeiten des Transformationsprozesses und des Zusammenfallens mit dem globalen ökonomischen Strukturwandel (vgl. RITTER 2006) sehen wir uns diagonalen Verteilungskonflikten gegenüber. Der Deklassierung im Osten entsprechen bisher ungekannte Statusängste im Westen, allerdings auf höherem Niveau (vgl. GEIßLER 2006: 366-72). Die Erfahrung ökonomischer und sozialer Marginalisierung und Depravierung verdüstert die Zukunftsperspektiven einer ganzen Region und wirkt sich nachteilig auf die

Systemakzeptanz aus.¹ Hinzu treten subkutane Faktoren der Diktaturnachwirkung, deren „Tiefenproblematik [...] in der kognitiven Prägung von Kategorien zur Wirklichkeitserfassung und in Kriterien der Urteilsbildung [liegt], ohne daß dies dem einzelnen immer deutlich wird“ (LEPSIUS 1995: 28).

Zu leicht wird dabei aber die Bedeutung der politisch-kulturellen Dimension für die gesamte deutsche Gesellschaft unterschätzt. Das „unconditional surrender“ der DDR-Gesellschaft vor ihrer westdeutschen Referenzkultur führte zu einer selbstinduzierten apriorischen Entwertung aller ihrer Institutionen und Erfahrungen – damit auch jener des Umbruchs 1989/90, wie verschiedene ostdeutsche Autoren in seltener Einigkeit feststellten.² In verschiedenster Hinsicht wurde das menschliche Verlangen nach Gerechtigkeit sträflich vernachlässigt: so im Bezug auf den unzensierten Ausdruck der eigenen Identität, die als Quelle von Anerkennung dient; als Einüben demokratischer Selbstbestimmung bei der ungehinderten Durchsetzung eigener Interessen; schließlich bei der ehrlichen Beurteilung verschiedener Formen gesamtgesellschaftlicher Teilhabe, welche die Übernahme individueller Verantwortung fördern soll (vgl. THUMFART 2002: 877-881). Ohne Not wurde so manchem ehemaligen DDR-Bürger das Gefühl vermittelt, „die eigentliche Demütigung habe nicht in der DDR stattgefunden, sondern bei dem Versuch ihrer Aufarbeitung“ (FRITZE 2006: 169). Spiegelbildlich kam es zu einem massiven Schub von Selbst- und Systemvertrauen in der westdeutschen Bevölkerung und ihrer Eliten, sodass sich von ihrer Seite keine selbstkritische oder gar existentielle Verbindung zur Aufarbeitung Ost entwickelte. Über lange Zeit konnte so die Fiktion aufrecht erhalten werden, die alte Bundesrepublik existiere trotz der geänderten

¹ Der Sächsischen Längsschnittstudie zufolge sahen 2002 nur 14% der befragten jungen Menschen ihre Zukunft in Ostdeutschland als vollkommen oder mit Einschränkungen gesichert. Dementsprechend deprimierend lesen sich die Ergebnisse für die Zufriedenheit mit der Wirtschaftsordnung und dem politischen System: 33% respektive 27% äußerten sich sehr zufrieden bzw. zufrieden. Vgl. FÖRSTER (2003: 10, 17).

² Vgl. die ansonsten sehr unterschiedlichen Positionen in KLIER (2004), HEITMANN (2004), BOLLINGER (2003) und KLEIN (1996). Ob ein entkontextualisierender Transfer überhaupt möglich gewesen wäre, bezweifeln aus unterschiedlichen (westdeutschen) Perspektiven SCHROEDER (2000; 235), KOCKA (1995) und BEYME (1995): 57-62.

innersystemischen und internationalen Rahmenbedingungen einfach weiter. Die Aufarbeitung Ost erhielt so (oberflächlich) nur asymmetrische gesamtdeutsche Relevanz, wurde nicht zur gemeinsamen Herausforderung und integrierenden Kraftanstrengung (vgl. FULBROOK 2004: 8; LEPSIUS 1995: 29):

„Vergessen und Verdrängen sind die beiden übermächtigen Hypotheken, die den Prozess des Zusammenwachsens zweier Staaten und Gesellschaften belasten, die sich über vierzig Jahre abweisend gegenüberstanden und sich fast feindlich gegeneinander entwickelt haben [...] Die Religion der Vereinigung heißt *Gewohnheit*“ (KLUNKER 2000: 283f; H.i.O.).

Es fragt sich allerdings, was hier (erfolgreich?) verdrängt wird. Ist es lediglich die real sozialistische Sozialisation oder „volkseigene Erfahrung“ (vgl. NIETHAMMER/PLATO/WIERLING 1991), die von Klaus Schroeder (2000, 1998) und Wolfgang Engler (2004, 1999) immer wieder hervorgehoben wird, als sei sie ein Kainsmal auf der Stirn aller Ostdeutschen – wobei in der Bewertung ersterer dabei eher der Bibel, letzterer stärker Hermann Hesses „Demian“ zuneigen dürfte? Oder dreht es sich doch eher um die Transformation selbst, über der vergessen wurde, BRD und DDR gleichermaßen als – wiewohl sehr unterschiedlichen – Ausdruck einer deutschen Misere zu sehen? Es ist jedenfalls an der Zeit, die Mythologisierung der Wiedervereinigung ad acta zu legen. Niemand wirkt heute deplatziierter als die tragischen Sieger der Geschichte, die wie Erich Loest an ihrem Lebensende mit dem Wiederaufbau der 1968 in Leipzig gesprengten Universitätskirche St. Pauli doch noch über Walther Ulbricht triumphieren wollen – und in frappierender Analogie zu den gottlob lange entsorgten Betonköpfen im Politbüro innovative und bedarfsgerechte Lösungen für akute Probleme der heutigen Generationen verhindern. Nach den bundesdeutschen Vergangenheits- und den diktaturdeutschen Zukunftsozessionen brauchen wir in einem europäischen Deutschland endlich mehr Engagierte für eine lebenswerte Gegenwart jenseits von anti-amerikanischer Isolation und europäischem Großmachtstreben:

„All this is just to make the point that political theory must not turn into kitsch, by telling comforting (or disquieting) stories about the past. But it should provide the concepts, the languages, to allow citizens to rethink what they perhaps should have in common“ (MÜLLER 2007: 8).

Es geht mir in erster Linie um eine politische Sinneserweiterung mit wissenschaftlichen Mitteln. Es ist an der Zeit zu erkennen, dass uns die Betrachtung der Geschichte der DDR für das Handeln in der Gegenwart ein Vielfaches an Einsichten beschert, als die Bearbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit überhaupt noch vermitteln kann. Die neben den unbestreitbaren Modernisierungsgewinnen immer deutlicher werdenden sozialen Verluste seit dem Zusammenbruch des bipolaren Weltsystems haben in Deutschland erneut Konflikte zum Ausbruch gebracht, die ich hier kurz mit den Stichworten „Deutschland, ein Einwanderungsland“ und „neue soziale Gerechtigkeit“ im Prozess der Flexibilisierung der Arbeitswelt benennen will. Die Gefahren liegen wohl kaum in der Weiterentwicklung – und nicht: im Zusammenbruch, wie im Feuilleton aufgeregt konstatiert – des bisherigen Vier-Parteien-Systems. Bedenklich ist vielmehr die zunehmende Vergiftung der liberalen politischen Kultur von innen heraus, durch sachlich nicht gerechtfertigte Sicherheitsgesetze, antiislamische Kampagnen sowie populistische Strategien der Wählerbindung (vgl. STÖSS 2007). „Anders als etwa Vergeltung [...] hat Prävention keine eingebaute Bremse“ (HASSEMER 2008: 6). „Nach 1989“ ist eine „neue Epoche der Unversöhnlichkeit“ (DUBIEL 1997: 425) angebrochen, in der strategisch zu lösende Verteilungskonflikte zunehmend von der Selbstbehauptung dienenden Identitätskonflikten überlagert werden.³ Entscheidend für zukünftige

³ Welch ideologischen Charakter die Inszenierung von Identitätskonflikten annehmen kann, zeigt die Debatte um Huntingtons „Kampf der Kulturen“, der wegen der Auflösung der Blockkonfrontation nach der (bisher recht erfolgreichen) Setzung einer neuen Freund-Feind-Unterscheidung in den Internationalen Beziehungen strebt (vgl. HUNTINGTON 1996). Heftige methodologische Kritik am Vorgehen Huntingtons übt SENGHAAS (1997). Eine generell skeptische Sicht auf die inflationäre Verwendung des Identitätsbegriffs in den Geistes- und Sozialwissenschaften bietet NIETHAMMER (2000).

Gegenstrategien der Repolitisierung ist die Schwerpunktsetzung. Politik muss wieder ihrem Charakter als Instrument der Konzeptionalisierung, Schaffung und Ausfüllung von „Möglichkeitsräumen“ (vgl. BERKING 2006) gerecht werden. Dabei ist es aber wenig hilfreich, den Exponenten marktradikaler Modernisierung und ihrem schon beinahe popkulturellen Credo „There Is No Alternative“ quasi-verschwörungstheoretisch die absichtsvolle Infusion rassistischer Einstellungen und Politikvorstellungen in die gesellschaftliche Mitte zu unterstellen – denen ist es schlicht um anderes, nämlich den größtmöglichen Einfluss auf die Gestaltung der Bedingungen gesellschaftlicher und individueller Wertschöpfung zu tun. Es handelt sich bei ersteren um ökonomische Eliten, die letztere mit Hilfe einer Mixtur aus Verunsicherung (Statusängste) und Privilegierung (Wohlstandschauvinismus) flexibel und vor allem anti-partizipatorisch regieren. Die durch die Globalisierung ausgelöste Liberalisierung und Verflechtung der Märkte entwickelt ein solches Tempo, dass demokratische Gesellschaften mit ihrem Prinzip von Partizipation, Transparenz und Kontrolle nicht mehr Schritt halten können. Demokratie gerät zunehmend in den Ruch eines Standortnachteils: „Der materielle Verlust [...] erscheint nicht mehrheitsfähig, wohl aber der Demokratieabbau bei Wohlstandserhaltung für deutungs- und mobilisierungsfähige Milieus“ (HEITMEYER 1997: 634). Natürlich ist es nicht von der Hand zu weisen, dass die „Mitte“ [...] nicht automatisch gut“ ist (BUCK/KAUSCH/RODATZ 2007: 14) und sich latent rechtsextreme Einstellungen größeren Ausmaßes in allen gesellschaftlichen Schichten nachweisen lassen (vgl. BRÄHLER/DECKER: 165). Hier scheint der rechte (oder besser: konservative) Konsens zwischen Staat und Bevölkerung wieder auf, der jenen in diesem Buch behandelten Oppositionellen der DDR als für beide deutsche Staaten gleichermaßen typisch und unbedingt zu überwinden galt. Wer sich diesem brennenden Problem unserer gegenwärtigen Gesellschaft ernsthaft stellen will, ist also gut beraten, sich auf der Suche nach tragfähigen Lösungen auch der Geschichte der DDR zu widmen.

Dazu sollten die Unterschiede und besonders die aufeinander bezogene Verflochtenheit der Bearbeitung grundlegender sozioökonomischer Fragen in beiden deutschen Staaten im Laufe der Zeit unvoreingenommen miteinander verglichen werden. Dies dient nicht dem Ziel, retrospektiv einen der beiden retrospektiv vor der „Geschichte“ oder dem politischen Gegner in Schutz zu nehmen. Wozu auch? Es setzt allerdings die Bereitschaft voraus, die DDR in der Breite ihrer Erscheinungsformen nicht einfach nur unter dem Begriff „SED-Staat“ (vgl. SCHROEDER 1998) zu subsumieren. Die schier nicht enden wollende Klage über das für jeden klar denkenden Menschen unzweifelhaft als menschenverachtend und innovationsfeindlich erkennbare System der DDR ist jedenfalls ebenso wohlfeil und banal wie im Wortsinne erschöpfend und unkreativ. Es wäre sinnvoller, immanente Innovationspotentiale zu suchen und die Voraussetzung für deren realpolitische Umsetzung zu identifizieren. Desgleichen entbehrt die (gegenwärtige) geschichtspolitische Instrumentalisierung der DDR-Opposition für die Berliner Republik so ziemlich jeder empirischen Grundlage. Erstens strebte die Mehrheit der politischen Opponenten des SED-Regimes mitnichten nach einer Wiedervereinigung zu bundesdeutschen Bedingungen, und zweitens gestaltete sich deren Beziehung zum Rest der Bevölkerung unter anderem deswegen äußerst schwierig. Ihre Qualitäten lagen woanders, und ihnen soll hier nachgegangen werden.

Dazu seien zunächst zwei politische „Bauernregeln“ angeführt. Erstens „verdient“ jedes Volk irgendwie seine Potentaten, denn politische Herrschaft hat natürlich eine je spezifische soziale und ökonomische Basis – es sei denn, die Herrschenden kommen durch *externe* Überwältigung an die Macht, aber auch das spricht ja im obigen Sinne irgendwie für sich.⁴ Zweitens verstehen und befolgen alle Völker mit ziemlicher Sicherheit die Grundprinzipien ihrer jeweiligen Herrschaftsordnungen. Dabei spielt es keine Rolle, ob diese

⁴ Um es in plakativer Umkehrung von Ernst Nolte's umstrittener Argumentation im „Historikerstreit“ (vgl. AUGSTEIN 1987) auszudrücken: Es hätte in Deutschland auch ohne Stalin einen Hitler gegeben, aber ohne Hitler nicht zwangsläufig einen Stalin in Deutschland.

vorrangig auf dem Primat einer politischen Partei, der Verquickung ökonomischer und politischer Interessenverfolgung oder technokratischer Lösungsstrategien beruhen. Auch die Form ihrer Darbietung ist reine Nebensache. Solange die „lieben Mitbürgerinnen und Mitbürger“ für wohlgefällige Nichtbeachtung elitärer Entscheidungsprozesse mit möglichst hoher individueller Sorglosigkeit gegenüber den allgemeinen Belangen und in ihrem Sinne maximaler staatlicher Begünstigung entschädigt werden, kann von Progressivität, Widerstehen oder gar Aufstand nicht die Rede sein. Wo die emanzipatorisch Eingestellten ein Leben in Freiheit *durch* Politik zu gewinnen suchen, strebt die übergroße Mehrheit nach *politikfreiem* Leben. Beides ist legitim.

Ich möchte mit dieser Untersuchung einen Beitrag zur nachhaltigen Verbindung konzeptionellen Denkens und Handelns in der Zivilgesellschaft leisten. Gerade hier findet Demokratiebildung als Erfahrungslernen statt. Wir können uns glücklich schätzen, dass in unseren modernen Gesellschaften der Einzelne tatsächlich als ein Subjekt mit der Potenz zu eigenverantwortlichem Handeln ernst genommen wird. Allerdings darf die aus ökonomischen Überlegungen erwachsende beträchtliche Tendenz zu einer Überbetonung von Aktion gegenüber Konzeption in ihren negativen Auswirkungen nicht unterschätzt werden, wenn Dissens tatsächlich Lebensinhalt statt Lifestyle sein soll (vgl. RÖHRBORN 2008a). Warum dann ausgerechnet die DDR-Opposition? Weil sich an diesem Personenkreis verantwortungsbewusstes Denken und Handeln unter schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen exemplarisch untersuchen lassen. Die Befreiung aus retrospektiven politischen Interpretationen gibt den Blick für eine deutsche Tradition urdemokratischen Handelns frei und ermöglicht Schlussfolgerungen für eigene Strategien.

In der Einschätzung von Dominik Trutkowski ist es die „Konzentration auf diesen alternativen Sozialismus“ gewesen, die „auch den verspäteten Aufbruch der ostdeutschen Gruppen [erklärt.] Ihr Aufbruch erfolgte nämlich erst dann, als eine gesellschaftliche Umsturzbewegung mit der Massenflucht

in Gang war und die Oppositionsgruppen sich gezwungen sahen, eine Verantwortung für den Erhalt der DDR wahrzunehmen“ (TRUTKOWSKI 2007: 96). Demgegenüber wird in vorliegender Arbeit betont, dass für die Gruppen nicht der Erhalt der DDR prioritär war, sondern eine ökologisch-soziale Demokratisierung. Diese verlangte eine zumindest mittelfristige systemische Stabilisierung. Es ging ihnen um eine Zivilisierung der politischen Kultur, um den Primat des Inhalts vor der Form. Ihre Welt war weder die des Apparats, noch jene der Bevölkerung. Sie wollten in weiten Teilen (mit partieller Ausnahme der Parteien SDP und DA) keine Politik für das Volk machen. Sie luden vielmehr zum Wandel mit dem Volk ein. Diese „Einladung“ erging überdies nicht erst im Sommer 1989, sondern wurde bereits im Verlauf des Jahres 1988 von maßgebenden Bürgerrechtlern vorbereitet.

Besonderes Augenmerk wird auf die inneren Zusammenhänge und Entwicklungsstränge gelegt werden. Daraus soll ein Interpretationsvorschlag entstehen, der in erster Linie den Protagonisten von damals gerecht wird, statt gegenwärtige politische oder wissenschaftliche Zielgruppen zu bedienen. Dafür wird zunächst eine kurze Einführung in beispielhafte historiographische Konzepte zur Erschließung der DDR-Geschichte erfolgen. Im Verlauf der Untersuchung werden dann tiefer gehende konzeptionelle Überlegungen zum emanzipatorischen Gehalt von Politik zwischen Anomie und Autonomie nötig sein. Zu diesem Zweck greife ich ganz bewusst bestimmte Aspekte heraus und lasse anderes weg. Die vorgelegte Untersuchung ist in jedem Fall an den Maßgaben wissenschaftlicher Redlichkeit zu messen, ist sie doch eine mit Hilfe späterer Nachforschungen, Zeitzeugengespräche und eigener Reflektionen vervollkommnete Abschlussarbeit. Angesichts ihres praktischen Zieles erschöpft sie sich allerdings nicht in fachspezifischer Vollständigkeit, sondern zeigt dort Mut zur Lücke, wo weitere Details keine zusätzlichen Einsichten versprechen.

Ich widme dieses Buch meinen Eltern, die mir den nötigen Freiraum für ein intensives Studium ermöglicht und mich zum Querdenken ermutigt haben. Arnd Bauerkämper, Beate Ihme-Tuchel und Ralf Rytlewski bin ich für ihre

Förderung verbunden. Bei ihnen fand ich ein intellektuelles Klima, in dem die Anregung wissenschaftlicher Leistung nicht gleichbedeutend mit der Übernahme methodologischer oder gesellschaftspolitischer Auffassungen war. Für die freundliche Unterstützung danke ich den Mitarbeitern im Matthias-Domaschk-Archiv und im Archiv Grünes Gedächtnis (beide Berlin). Viel schulde ich nicht zuletzt den Freunden, Kollegen und engagierten Mitstreitern in wechselndem Umfeld, mit denen ich intellektuell und aktivistisch zu mir selber finden konnte. Sie alle haben auf vermittelte, unnachahmliche Weise Anteil an der Entstehung dieses Buches. Für die Untersuchung, ihre Stärken und Schwächen trage ich allein die Verantwortung.

FÜNFTES KAPITEL

GEISTIGE SCHRITTMACHER.

Dissidenten im Marschgepäck der Opposition

Immer dann kommen die...Realisten
mit ihren bemitleideten, traurigen Augen,
wenn ein Denken soweit gediehen ist,
daß es der Gegenwart entfliehen kann.

Dann fordern sie dich auf, mitzukommen,
weil sie sonst gezwungen wären, Gewalt
anzuwenden -: die du fein unterschieden hast
in deinen Erwägungen, die mit dem Entsetzlichen

rangen; das als Schluchzen
über das durch dich stattfindende Leben
in deiner Kehle gewesen war. Und du

wählst das Schweigen; und gehst mit
ins Ghetto der Gegenwart, wo, noch einmal,
die Figur der Impotenz sich zum Chaos wendet.

Gert Neumann, *Auf Adam Michnik*

5.1 „Drehung“ des hermeneutischen Zirkels

Im Laufe der Untersuchung haben wir festgestellt, dass die oppositionelle Kritik an der Apparatherrschaft und dem von ihr erzwungenen Leben in Unmündigkeit (Subalternität) sich stark an die Perspektive Bahros anzulehnen scheint. Der Vergleich zwischen den Positionen der Dissidenten und Oppositionellen hat weiterhin zu Tage gefördert, dass für beide Gruppen die industriegesellschaftskritische Perspektive gleichermaßen konstitutiv war. Daraus könnte geschlossen werden, dass die Ursache für die bereits beschriebene Position der Äquidistanz (vgl. GEISEL 2005) und des ausgeprägten Antikapitalismus bei den Oppositionellen in der Übernahme eben jener Perspektive begründet liegt. Die gleichermaßen starke Betonung postmaterialistischer Wertorientierungen und der Charakter der angestrebten Transformation als Reformation mögen ebenfalls für einen geistigen Einfluss der Dissidenten auf die Opposition sprechen. Durch das Eintauchen in den oppositionellen Diskurs haben wir allerdings auch erkennen müssen, dass der politische Standort der Opposition aus verschiedenen Quellen gespeist und geformt wurde. Besonders die ambivalente Rolle der evangelischen Kirche und der in ihrem Umfeld aktiven Gruppen ist hier zu bedenken. Daher werden nun einige weitere mögliche Einflussfaktoren in den Blick genommen, um die Wirkung der Dissidenten so scharf wie möglich zu konturieren.

Das dieser Arbeit zugrunde gelegte Konzept transformatorischer Politik betont besonders den inneren Zusammenhang aus variabler Abgrenzung und unbedingter Gestaltungsverantwortung im politischen Raum.¹ Da wir im Folgenden die immanente Perspektive des diachronen Vergleichs verlassen werden, um synchron wirkende, externe Einflüsse wenigstens cursorisch abzuwägen, muss das Instrumentarium des Vergleichskonzepts noch einmal erweitert werden.² Es soll sich nun auch auf die verschiedenen, aber

¹ Vgl. Kapitel 2.3.

² „Extern“ meint hier außerhalb des Untersuchungsgegenstandes liegend; dies ist zugegebenermaßen besonders im Hinblick auf die Wirkung der Kirche eine eher theoretische, nichts desto trotz aber notwendige Unterscheidung. Ohne jede Frage verlangt

aufeinander aufbauenden Ebenen des politischen Prozesses beziehen. Dessen Basis bildet die *ontologische Ebene*, in der die individuellen Triebkräfte des politischen Prozesses wirksam werden. Für das Individuum müssen die Erfüllung affektiver Orientierung und die materielle Lebenssicherung gleichermaßen als überlebenswichtig gelten. Die beiden ontologischen Triebkräfte stehen in einem dialektischen Zusammenhang, verhalten sich in extremo aber antagonistisch zueinander. Die *soziologische Ebene* dient der organisatorischen Kontrolle mittels Integration und Abgrenzung. Sie beinhaltet die notwendige Bedingung der kollektiven Bestimmung des Raumes des politischen Prozesses und umfasst im Kern die „doppelte demokratische Grenze“, die zu Beginn der Untersuchung eingeführt wurde. Auf dieser zweiten Ebene wird die Erarbeitung, Erprobung und beständige Evaluierung eines Systems unterstützender Werte und Regeln gehandhabt, anhand dessen jeweils die Themenfelder für und die Reichweite des demokratischen politischen Prozesses bestimmt werden können. Auf der *strategischen Ebene* wird schließlich die Aufrechterhaltung gesellschaftlicher Steuerungsfähigkeit sichergestellt. Dazu werden die ontologischen Funktionen auf jene auf der soziologischen Ebene bestimmten Politikbereiche angewandt. Mit Hilfe der Medien Kooperation (von Zusammenarbeit bis hin zu Integration), Wettbewerb (mit den Prinzipien von Subsidiarität und/oder Effizienz) sowie Ressourcenverteilung (im Hinblick auf allgemeine Überlebenssicherung, individuelle Befähigung und Leistungsgerechtigkeit) wird darauf hingearbeitet, mit akzeptablem Wirkungsgrad und auf nachhaltige Weise die Hervorbringung des gewünschten Outputs – in unserem Fall die größtmögliche Freiheit des Individuums – zu erreichen.

Die Autoren gesellschaftspolitischer Konzepte sind in der Regel bestrebt, alle drei Ebenen zu erfassen und abzudecken, da sie sich der Prozesshaftigkeit von Politik bewusst sind. Doch geht ihr Denken

jeder der in diesem Kapitel betrachteten Einflussfaktoren nach einer eigenen monographischen Bearbeitung. Da in vorliegender Arbeit nur unter Plausibilitäts Gesichtspunkten der Einfluss der Dissidenten geklärt werden soll, würde ihre eingehende Betrachtung jedoch vom Thema wegführen.

notgedrungen von einer der Ebenen aus oder berücksichtigt diese überproportional, je nachdem, wo sie von ihrem jeweiligen materiellen und erkenntnistheoretischen Standpunkt aus gesehen die schwerwiegendsten Probleme, Widersprüche und Interessenkonflikte ihrer Gegenwart erblicken. Dies ist deswegen von Bedeutung, weil es die gegenseitige Rezeption von unterschiedlichen Entwürfen, also den Grad von Übernahme, Adaption oder Abwehr alternativer Positionen, maßgeblich beeinflusst. Für uns ist interessant, inwieweit unterschiedliche Konzepte kompatibel sind oder auch zu gegenseitigen Missverständnissen führen können. Oberflächliche Ähnlichkeiten im (oft dem Zeitgeist Tribut zollenden) Vokabular oder im politischen Auftreten sprechen noch lange nicht für eine konzeptionelle Übereinstimmung.

5.2 Alternative Einflussfaktoren

5.2.1 Glasnost und Perestroika

Als 1985 mit Michail Gorbatschow die Ära eines historischen Wandels in der Politik der Sowjetunion begann, sorgte dies nach der Verhärtung der Blockkonfrontation seit Ende der 1970er Jahre (Afghanistan-Krieg, Nachrüstung) in aller Welt für einige Überraschung. Die Verkündung eines „Neuen Denkens“ in Verbindung mit der faktischen Aufgabe der Breschnew-Doktrin (1987) war besonders für die oppositionellen Kräfte in den Staaten des Warschauer Paktes ein Anlass zu neuer Hoffnung auf eine eigenverantwortlich erreichbare Öffnung ihrer Gesellschaften, die in der erstarrten Umklammerung des Partei- und Staatsapparates gefangen waren (vgl. LXXXI: 471f.). „Glasnost“ (Offenheit) sollte für Transparenz, Möglichkeiten öffentlicher Kritik und die Durchsetzung bürgerlicher Freiheitsrechte (Presse- und Meinungsfreiheit) sorgen (vgl. TRÖMMER 2002: 13). Ein solcher „sozialistischer Pluralismus“ versprach endlich einen wirksameren Hebel, um die vielfältigen Missstände bei Menschenrechtsverletzungen, Amtsmissbrauch und

Korruption, in der Wirtschaft und beim Umweltschutz anzuprangern. Ein besonderes Augenmerk wurde auf die einsetzende Aufarbeitung der stalinistischen Verbrechen und die Rehabilitierung von politisch Verfolgten gelegt. Die Opposition in der DDR verfolgte diesen Prozess mit großer Aufmerksamkeit, wie eine Vielzahl von Beiträgen in den Zeitschriften des Samisdat belegt (vgl. LXXI; XXVIII: 275). Dies geschah vor dem Hintergrund, dass sich die SED-Führung unter dem den französischen Eurokommunisten entwendeten Slogan „Sozialismus in den Farben der DDR“ nun völlig einigelte und statt mit Gorbatschow lieber die Beziehungen zum Rumänien Ceausescus intensivierte. Mit dem Verweis auf Glasnost ließ sich die eigene Führung nun wirkungsvoll bloßstellen (vgl. XLIII: 138; LXXVIII: 17; MECKEL 1994: 68f.).

Demgegenüber kann es aber im Bezug auf die „Perestroika“ (Umgestaltung) nicht als zutreffend gelten, der programmatischen Ausrichtung der Oppositionsgruppen in der DDR einen „Sinn-Gehalt von ‚Umgestaltung‘, der direkte Bezüge zu Gorbatschows Reformkonzeption aufweist“ (FEHR 1999: 223), zuzuschreiben. Helmut Fehr tut dies unter Bezug auf einen Artikel von Harald Wagner, der das wachsende globale ökologische Bewusstsein, eine umfassende Demokratisierung sowie die Wahrhaftigkeit in der politischen Selbstdarstellung als mögliche oppositionelle Anknüpfungspunkte zur Politik der Perestroika benannte (vgl. CIV: 508). Fehr unterschlägt dann aber nicht nur Wagners zutreffende Charakterisierung des Kerns der Reformstrategie als versuchte Rückkehr zum Leninismus der Neuen Ökonomischen Politik (ab 1921), von der sich die Oppositionellen längst verabschiedet hatten. Er lässt auch die Skepsis unerwähnt, mit der Wagner die Strategie als für die SU „einzige Möglichkeit, die noch helfen könnte“ (ebd.: 508), einschätzt. Weitaus öfter durchzieht die oppositionellen Beiträge die Kritik am technokratischen Charakter und der Formelhaftigkeit der sowjetischen Reformen, welche die gesellschaftliche Basis wiederum eher durch Kampagnen als durch echte politische Teilhabe zu integrieren trachteten (vgl. XLV: 60f.; XXV: 282). Auch das Aufbrechen der Nationalitätenkonflikte und in ökonomischer Hinsicht vor allem die Annäherung an den IWF wurden in vielen Beiträgen wiederholt

gerügt. Der nur begrenzte und selektive Rückgang politischer Verfolgung blieb ebenfalls nicht unentdeckt (vgl. XXXIX: 66f.).

In der Opposition war man sich hingegen weitgehend einig, dass „viele Leute hier in der DDR mit Glasnost und Perestroika Hoffnungen verbinden, die unrealistisch sind. Von dort kommt kein Messias“ (XV: 302). Den Möglichkeiten einer autonomeren Entwicklung abseits von sowjetischen Vorgaben stand somit die Angst vor der anhaltenden Apathie der Bevölkerung gegenüber (vgl. CII: 252). Von einer „Gorbatschow-Begeisterung der DDR-Opposition“ (GEISEL 2005: 66) und einer „keineswegs nur die engeren Oppositionszirkel ergreifende[n] Sowjetophilie“ zu sprechen (ebd.: 67), ist somit eher zweifelhaft, jedenfalls verwischt es die programmatischen Unterschiede in unzulässigem Maße. Als Identifikationsfigur für die Massenproteste im Herbst 1989 und reformwillige Genossen kommt Gorbatschow natürlich eine Rolle zu. Von diesen blieb die Opposition aber gerade weitgehend separiert.

5.2.2 Osteuropäische Opposition

Die oppositionellen Tätigkeiten in vielen anderen Staaten des sowjetischen Herrschaftsbereiches, besonders in den mittelosteuropäischen Staaten Polen, ČSSR und Ungarn, waren der Entwicklung in der DDR um Jahre voraus. Von besonderer Bedeutung war die tschechoslowakische „Charta 77“ als bürgerschaftlich-solidarische Initiative, die sich auf die Einforderung der in der KSZE-Schlussakte niedergelegten Menschen- und Bürgerrechte konzentrierte und politische Repressionen öffentlich anprangerte (vgl. CHARTA 77 1977). Auch die nationale Integrationswirkung der Solidarność übte einen großen Eindruck auf die Opposition in der DDR aus. Durch persönliche Netzwerke kam es zu „kulturelle[n] Kontakte[n], Informationsverbreitung, symbolische[n] und praktische[n] Solidarisierungsbekundungen“ (FEHR 1999: 227; vgl. X: 81;

LI: 57-60).³ Besonders die IFM orientierte sich in ihrer praktischen Arbeit stark an der „Charta 77“ und forderte vehement eine stärkere Ausrichtung nach Mittelosteuropa (vgl. LXX: 563).⁴ Der Versuch des Neuen Forums, durch das legalistische Vorgehen bei der Anmeldung staatliche Willkür und den Bruch geltenden DDR-Rechts bloßzustellen, dürfte ebenfalls von diesem Vorbild beeinflusst sein.

Den Staatssicherheitsdiensten der realsozialistischen Länder mag die Aussicht auf gefestigte Kontakte zwischen den mittelosteuropäischen Regimekritikern einen „Alptraum der Koalitionen“ (Jan Lityński) beschert haben (vgl. RÖHRBORN 2007). Die Strategie der contrazyklischen Wellen von Liberalisierung und Repression in den Vertragsstaaten des Warschauer Paktes wäre in diesem Falle gefährdet gewesen. Eine breite inhaltliche Beeinflussung des politischen Standorts über die zu eigener Handlung ermutigende Vorbildwirkung symbolischer und strategischer Politik hinaus ist für die DDR-Opposition eher unwahrscheinlich. Unbestreitbar ist, dass Vacláv Havel mit seinem stark existentialistisch argumentierenden „Versuch, in der Wahrheit zu leben“ große moralische Autorität genoss (vgl. GEISEL 2005: 245; XXII: 28).⁵ Havel betonte die ideologische Scheinwirklichkeit und rituelle

³ Der Samisdat der DDR-Opposition bezeugt dies eindrücklich, wobei vor allem der „Grenzfall“ der IFM (vgl. HIRSCH/KOPELEW 1989) und die „Arche Nova“ des „Grün-ökologischen Netzwerks Arche“ (vgl. JORDAN/KLOTH 1995) hervorstechen, die ständig mittelosteuropäische Entwicklungen verfolgten und auch Gastbeiträge von dort abdruckten. Im künstlerischen Samisdat fand die mit Flashmobs und künstlerisch-komischen Aktionsformen arbeitende polnische „Orangefarbene Alternative“ um „Major“ Waldemar Fydrych Beachtung (vgl. LXXXIII). Zudem wurde noch im Januar 1989 eine eigenständige mittelosteuropäische Zeitschrift („Ostkreuz“) herausgebracht. Sie erschien allerdings durch IM-Einwirkung nur einmal (ein Manuskript der 2. Ausgabe findet sich im Matthias-Domaschk-Archiv der Robert-Havemann-Gesellschaft in Berlin). Im März wurde eine Sonderausgabe mit Texten von Vacláv Havel in Zusammenarbeit mit „KONTEXT“ veröffentlicht, um dessen erneute Inhaftierung auch in der DDR zu skandalisieren (vgl. KOWALCZUK 2002: 37, 92f.).

⁴ Hatte sich die IFM in ihrem Gründungsdokument noch (rein rhetorisch) von der Charta 77 distanziert – vermutlich um direkter Strafverfolgung zu entgehen – wichen einige ihrer Mitglieder in einem offenen Brief an Honecker vom 15.08.1987 von dieser Linie ab, in dem sie dem Text ein Charta-Statement voranstellten: „Geschichte wird nicht nur von Regierungen gemacht, und keine Regierung kann vollständig das übergehen, was die Bürger tun. Demokratie ist nicht etwas, was die einen den anderen geben. Sie ist eine Aufgabe für alle. Alle müssen sie immer wieder neu lernen“ (XXIX: 1).

⁵ Die in der Folge vorgestellten Autoren und Texte stellen natürlich keine repräsentativen Positionen für die gesamte Regimekritik in der Tschechoslowakei, in Polen und Ungarn dar.

Kommunikation als konstitutive Funktionsmechanismen „posttotalitärer“ Regime, die den Menschen seiner authentischen Existenz durch ein aufgezwungenes „Leben in der Lüge“ entfremdeten. Folglich könne dieses nicht durch politische Alternativentwürfe, sondern nur durch ein subversiv wirkendes, die menschliche Würde und geistig-moralische Integrität reklamierendes „Leben in der Wahrheit“ angegriffen werden. Ihm ging es um die vorpolitischen Grundlagen (Solidarität, Offenheit, Gerechtigkeit, Moral etc.) einer sittlichen Rekonstitution der Gesellschaft (vgl. HAVEL 1989a: 14-21, 30f., 42f., 86-9).⁶ Seine moralische Revolution war allerdings nicht auf die pluralistischen Demokratien Westeuropas gerichtet. Havel wollte eine postdemokratische, das heißt postparlamentarische zivile Kultur befördern. Diese sollte ihre Stärke aus dem Beispiel der kommunitaristisch orientierten regimekritischen Zirkel gewinnen, die Einzelpersonen der unterschiedlichsten politischen Ausrichtungen für eine gemeinsame Sache vereinten. Havel zeigt sich als Vertreter eines ontologischen Politikentwurfes. Um eine Analogie zu Ernst Kantorowicz' Studie „Die zwei Körper des Königs“ zu verwenden: Der Körper des Regimekritikers sollte als politische Waffe eingesetzt werden.⁷ So betonte Havel, dass

„[...] das Phänomen des Dissidententums aus einer wesenhaft anderen Auffassung vom Sinn der Politik erwächst, als sie in der zeitgenössischen Welt vorherrscht. [...] Er sehnt sich nicht nach Funktionen und Wählerstimmen [...] Wenn er etwas anbietet, dann nur seine Haut. [...] Er artikuliert in seinem Handeln nur seine Würde als Bürger, ohne Rücksicht darauf, was er dafür erntet“ (HAVEL 1989b: 62).

Sie bilden aber deren jeweilige Speerspitzen, was sowohl damals wie heute in Ost und West unbestritten war und ist.

⁶ Anette Emtmann weist zu Recht auf die philosophischen Einflüsse von Martin Heidegger, Emmanuel Lévinas und Jan Patočka, einem der Mitunterzeichner und geistigen Väter der Charta 77, hin (vgl. EMTMANN 1998: 171ff.). Allerdings passt ihr an Gramsci orientiertes Hegemoniekonzept eher zur polnischen Entwicklung als auf den tschechoslowakischen Fall. Zum Einfluss Masaryks auf Havels politisches Denken vgl. DALBERG (2003).

⁷ In seiner epochalen Untersuchung der politischen Theologie des Mittelalters hat der Historiker Kantorowicz zu zeigen versucht, wie sich über die Jahrhunderte bis zum frühneuzeitlichen Absolutismus hin das Königtum von einer zunächst christozentrischen über eine rechtsbezogene und schließlich zu einer staatszentrierten und kontinuierlichen Korporation entwickelte. In den Körper des Regenten schreibt sich so die widersprüchliche Verschmelzung von privater und öffentlicher Person ein (vgl. KANTOROWICZ 1990: 279-306).

Adam Michniks „neuer Evolutionismus“ aus Polen und György Konráds „Anti-Politik“ aus Ungarn argumentieren hingegen strikt auf der strategischen Ebene des Politischen. Beide Analysten betonten die Bedeutung der auf rein nationalen Großmachtinteressen beruhenden Blockkonfrontation für die oppositionellen Strategien. Sie müssten sich folglich an der Schaffung eines neutralen, östliche und westliche Staaten vereinigenden Gesamt-Europa orientieren. Ihre Botschaft lässt keinen Zweifel daran, dass alle europäischen Länder in den Ränkespielen des imperialistischen Egozentrismus der globalen Flügelmächte gefangen sind. In den realsozialistischen Ländern könne die Konfrontation zwischen dem sich einigelnden Partei- und Staatsapparat und den in Abhängigkeit gehaltenen Bevölkerungen nur sukzessive gewonnen werden. Nötig sei das kulturell-geistige Gegengewicht einer zur Selbstverteidigung bereiten Gesellschaft anti-politischer (nicht: apolitischer!) Individuen. Diese sollten ihre Anliegen so weit wie möglich selbst regeln, sozusagen eine konkurrierende, eigenständige politische Realität innerhalb und neben dem politbürokratischen System aufbauen.

Der Sinn von Dialog kann daher nicht in gegenseitigem Verständnis und der Annäherung von Apparat und Gesellschaft liegen, sondern beruht auf dem Erkämpfen und Ertröten ständig erweiterter Zugeständnisse und Frei-Räume mit Hilfe eigener Stärke und von staatlichen Institutionen unabhängiger Problemlösungskompetenz. Die Instrumente, welche Michnik und Konrád jeweils vorschlagen, variieren deutlich. Der „neue Evolutionismus“ favorisiert den Abschluss eines neuen „contrat social“ der Gesellschaft mit sich selbst, in dem die Prioritäten zukünftiger Entwicklungen festgelegt werden sollten (vgl. MICHNIK 1985: 28ff., 46ff., 53f.). „Anti-Politik“ ist hingegen unmissverständlich das Werk eines Literaten – Konrad ist überzeugt von der Autorität des Geistes und der Intellektuellen. Er baut auf die zivilisatorischen Potentiale einer transnationalen europäischen Kultur (vgl. KONRÁD 1985: 9, 17f., 92ff., 180ff., 213). Wenn diese Unterschiede hier auch nicht verwischt werden sollen, so tritt doch deutlich genug zutage, dass beide Ansätze das Politische in der

Zivilgesellschaft verorten. In ihren politischen Konzepten spielt der Körper des Regimekritikers keine besondere Rolle.

Demgegenüber bewegten sich die Oppositionellen in der DDR – mit ihrem Bezug auf die sozialen und kulturellen Grundlagen von Emanzipation – bei der Debatte um das Politische zumeist auf der soziologischen Ebene. Von Ausnahmefiguren wie Havemann abgesehen, sprach der Körper des Regimekritikers nicht für die Gesamtgesellschaft oder eine imaginierte Gemeinschaft von oppositionellen Mitstreitern und schweigenden Sympathisanten, sondern repräsentierte ausschließlich das Individuum in seinem Kampf um persönliche Autonomie. Zwei Beispiele sollen die mittelosteuropäische Varianz verdeutlichen, die in nicht unerheblichem Maße auf länderspezifischen Faktoren beruhte. Werfen wir zunächst einen Blick auf zwei wichtige Dokumente der ostdeutschen und tschechischen Friedensbewegung, den Berliner Appell (1982) und den Prager Aufruf (1985). Das deutsche Papier fordert eine Überwindung der globalen Konfrontation der Blöcke, die langfristig auch eine demilitarisierte und europäische Lösung für Gesamtdeutschland einschließen soll, weil es darin eine Voraussetzung für eine ökonomisch und ökologisch nachhaltige Entwicklung weltweit erblickt (vgl. NEUBERT 2000b: 405-11). Die Chartisten verwenden ebenfalls die Formel von der „Unteilbarkeit des Friedens“, die gleichermaßen in der Innen- und Außenpolitik zur Anwendung gelangen müsse (DIENSTBIER/KANTURKOVÁ/SUSTROVÁ 1985: 45). Allerdings weicht die Zielvorstellung eines „demokratischen und souveränen Europa freier Bürger und Nationen“ (ebd.: 44) deutlich von der ostdeutschen Perspektive ab. Hier ist der Ruf nach nationaler Selbstbestimmung vernehmbar, der in den 1980er Jahren konsequent für die deutsche Wiedervereinigung eintrat und auch die gegenwärtige tschechische Europapolitik unübersehbar prägt. In einem von Werner Fischer im Namen prominenter Ostberliner Bürgerrechtler unterzeichneten Antwortschreiben auf den Prager Aufruf heißt es dann auch eher zurückhaltend: „Die deutsche Vergangenheit mahnt uns jedoch zu großer

Vorsicht und Rücksichtnahme gegenüber den Befürchtungen der ehemals von Deutschland unterdrückten Länder“ (XXIV: 2).

In Polen ist hingegen eine gewisse Zerrissenheit spürbar, die nicht nur die geopolitischen Implikationen betrifft, sondern sich aus der spezifischen Rolle der katholischen Kirche für Nationalkultur und Widerstand speist. Noch in den 1960er Jahren war die konzeptionelle Konfusion im antikommunistischen Lager groß gewesen. Die Positionen in den rivalisierenden Exilgemeinden – etwa die geopolitischen Erwägungen des Publizisten Juliusz Mieroszewski von der Pariser Zeitschrift „Kultura“ (vgl. MIEROSZEWSKI 1961) – Stefan Kisielewskis Vorstellung einer polnischen Vermittlerrolle zwischen Deutschland und Russland, die der traditionalistisch-konservativen Kritik der parlamentarischen „Znak“-Gruppe entsprungen war (vgl. KISIELEWSKI 1964), und die Forderungen linker Revisionisten wie Jacek Kuroń (vgl. KUROŃ/MODZELEWSKI 1969) waren kaum in Einklang zu bringen. Obwohl der Verlauf der 1970er Jahre von der Revolte in Danzig und Stettin (1970) über die Bildung des Komitees zur Verteidigung der Arbeiter-KOR (1976) bis hin zu den Danziger und Krakauer Erfolgen der Gewerkschaft Solidarność (1980/81) auf eine zunehmend erfolgreiche Vereinigung der Regimekritik schließen lässt, blieb die Gesellschaft nicht nur durch die Verhängung des Kriegsrechts gespalten. Mitglieder der emanzipatorischen und liberalen Linken wie Adam Michnik hatten einen beträchtlichen Weg der Selbstreflektion hinter sich bringen müssen, um auf gleiche Augenhöhe mit den antitotalitären Positionen katholischer Gruppen und der Kirche zu gelangen (vgl. MICHNIK 1980). Als der gemeinsame Erfolg schon zum Greifen nahe schien, versuchte die Kirche jedoch, sich mit ihrem Einfluss auf die Solidarność die Früchte des Kampfes allein zu sichern. Józef Tischner, der so genannte Philosoph der Solidarność, sah im Dialog zwischen Christentum und Marxismus eine ausgemachte Unmöglichkeit (vgl. TISCHNER 1982a). Die Würde des Menschen könne nur in einer „ethische[n] Demokratie“ (TISCHNER

1982b: 72) voll zur Geltung kommen. Der Konsens der Regimekritik erwies sich als brüchig.⁸

Havel, Michnik und Konrad gemeinsam ist die Einsicht aus den Prager Ereignissen des Jahres 1968, dass Vernderungsstrategien aus dem Apparat heraus in den realsozialistischen Ländern grundsätzlich zum Scheitern verurteilt sind. Der Gedanke des Dialogs dürfte für die gesamte mittelosteuropäische Regimekritik (unter wechselnden Vorzeichen) ebenso prägend gewesen sein wie die europäische und grosmachtkritische Ausrichtung unter friedenspolitischen Gesichtspunkten für alle mehr oder weniger anschlussfähig war (vgl. XIV: 109; LXX: 561). In ihrer Radikalität sind ihre jeweiligen Konzeptionen von der DDR-Opposition aber sicherlich nicht mehr nachvollzogen worden. Man bewegte sich im „Ost-Ost-Dialog“ auf der Ebene des „Erfahrungsaustausch[s]“ (LXVIII: 105). Dies bezeugt auch eine Einschätzung von Timothy Garton Ash, dem wohl intimsten westlichen Kenner der mittelosteuropäischen Dissidenz, zu den Positionen Havels, Konrads und Michniks in der Mitteleuropadebatte der 1980er Jahre. Garton Ash arbeitet sowohl die großen Unterschiede im Denken der drei Regimekritiker als auch die fehlende Innovativität ihrer Thesen heraus, legt aber großen Wert auf ihr

„Beispiel von intellektueller Verantwortung, Integrität und Mut. [...] Doch es gibt Dinge, für die zu leiden sich lohnt. Es gibt moralische Absoluta. Nicht alles steht zur Disposition“ (GARTON ASH 1990: 225).

Was die mittelosteuropäische Regimekritik vereinte, war eine transnationale humanistische Identität, die auf gegenseitiger Anerkennung und tiefem Respekt für die mutige Auseinandersetzung mit Staatsapparat, Bevölkerung und westlicher Instrumentalisierung beruhte. In der DDR schreckten die Oppositionellen jedoch durch den oben beschriebenen antifaschistischen Schuld-Komplex instinktiv vor dem besonders von Havel und Michnik geforderten unbedingten Einsatz zur Selbstverteidigung zurück, so sehr sie

⁸ Zur Entwicklung in Polen vgl. TRUTKOWSKI (2007); FEHR (1996).

diese Haltung auch bewundern mochten. Zudem nahm man hier über die Gruppengrenzen hinweg mit Befremden die in zunehmendem Maße markt-radikale Orientierung vieler mittelosteuropäischer Oppositioneller zur Kenntnis (vgl. XCVI: 499; XLII: 258).⁹

5.2.3 Grüne Bewegung

Angesichts der unter Oppositionellen stark ausgeprägten Wachstums- und Konsumkritik hat Christof Geisel jüngst den Einfluss der bundesdeutschen Grünen betont. Die bearbeiteten Themenfelder ließen sich „kaum als Reflex auf die Omnipräsenz einer von der SED bewerkstelligten ‚Umerziehungsdiktatur‘ besehen. Ihre geistigen Urheberrechte lagen im Westen“ (GEISEL 2005: 185). Die DDR-Opposition müsse folglich als „eine Art Außenstelle der West-Grünen“ (ebd.: 177) betrachtet werden, weil die materialistischen Grundlagen für postmaterialistische Orientierungen gefehlt hätten. Die Anschauungswirkung der Anti-AKW-Bewegung über das Westfernsehen ist sicherlich nicht gering gewesen, und auch die Friedensbewegung in der DDR erhielt von der Unterstützung ihrer westlichen Mitstreiter entscheidende motivationale Anreize (vgl. LXVIII: 99f.). Dennoch ist Geisels Aussage in ihrer Generalität nicht haltbar, zumal er sich nicht auf Text- und Netzwerkanalysen, sondern auf retrospektive Befragungen zu Sympathiewerten stützt.¹⁰

⁹ Es gibt vereinzelt auch Hinweise dafür, dass die inhaltliche Ausrichtung der DDR-Opposition zu den Themen Umwelt, Frauen und Frieden partiell nach Ostmitteleuropa zurückwirkte (vgl. FEHR 1999: 232).

¹⁰ Auf die Frage „Wie standen Sie den folgenden politischen ‚Lagern‘ bzw. Gedankensystemen um 1988/89 gegenüber?“ erreichte die grün-alternative Bewegung bei 55,7% „große Sympathie“, wohingegen Sozialdemokratie, Christliche Soziallehre und Liberalismus mit weitgehender Nichtachtung gestraft wurden (vgl. GEISEL 2005: 257, 259). Aus diesen *Sympathiewerten* ohne weitere Untersuchung auf eine direkte Beeinflussung zu schließen, lässt methodisch die Gefahr eines ökologischen Fehlschlusses dann doch zu wenig berücksichtigt erscheinen. Geisel kommt wohl aber auch deshalb zu diesen Schlussfolgerungen, weil er stärker, als das sonst geschieht, auf den sich abzeichnenden Generationsbruch in der „Szene“ hinweisen will. Damit verliert seine Untersuchung aber entscheidend an politiktheoretischer Tiefenschärfe. Scharfe methodische Kritik übt auch KOWALCZUK (2006).

Bei der Betrachtung grüner Kräfte im inneroppositionellen wie Ost-West-Verhältnis geraten eher Ungereimtheiten und Konflikte in den Blick. Auffällig ist zum einen die Auseinandersetzung zwischen Umwelt-Bibliothek und Grün-ökologischem Netzwerk Arche über die richtige Arbeitsweise und Struktur von Ökologiegruppen. Die Arche-Mitglieder strebten ähnlich den Grünen (bzw. der Alternativen Liste) eine Parteigründung an und wurden dafür 1988 aus der Umweltbibliothek ausgeschlossen (vgl. JORDAN 1995: 42f.; RÜDDENKLAU 1992: 178ff.). Zudem rücken die personellen Kontakte zu den Grünen nur deshalb so ins Rampenlicht, weil sie von den bundesdeutschen Parteien die einzige war, in der sich Personen – in der Hauptsache Petra Kelly, Gert Bastian, Christian Ströbele und deren Mitarbeiter – ernsthaft und längerfristig um die Unterstützung der DDR-Opposition kümmerten. Schon lange bevor sich die DDR-Anti-Atomkraft-Bewegung nach der Katastrophe in Tschernobyl zu entwickeln begann, waren Mitglieder der grünen Bundestagsfraktion auf friedenspolitischen Seminaren anwesend. Besonders Kelly und Bastian nutzten vielfältige offizielle und inoffizielle Anlässe, um sich gegenüber der westlichen Öffentlichkeit und den ostdeutschen Autoritäten für die Freilassung von inhaftierten Aktivisten einzusetzen oder deren Positionen eine Stimme zu verleihen.¹¹

Aber auch hier handelte es sich um Einzelpersonen, die ihre Positionen und Aktivitäten gegen eine Mehrheit in der Partei verteidigen mussten (vgl. JORDAN 1995: 54; MECKEL 1994: 67). Die innergrünen Auseinandersetzungen zwischen Realos und Fundis wirkten sich auch auf den Umgang mit DDR-Bürgerrechtlern aus. So entspann sich etwa um das mit Unterstützung der Berliner Friedensforscher Ulrich Albrecht und Jochen Lorentzen durchgeführte Seminar „Frieden schaffen – aber wie?“, das am 28./29. September 1985 in der Ostberliner Samariterkirche Pfarrer Eppelmans abgehalten wurde, im

¹¹ So hatte sich die grüne Delegation im Vorfeld eines Besuchs bei Erich Honecker am 31.10.1983 unter anderem für die Freilassung von Kathrin Eigenfeld und Lothar Rochau und die Wiedereinreise von Roland Jahn eingesetzt. Auf dem Treffen trug Kelly ein T-Shirt mit dem „Schwerter zu Pflugscharen“-Symbol und legte Honecker einen persönlichen Friedensvertrag vor, den dieser – wenigstens in Teilen – unterschrieb, wie der Spiegel (im Gegensatz zum Neuen Deutschland) in der Ausgabe Nr. 45/1983 ausführlich beschrieb.

Nachgang eine heftige innergrüne und deutsch-deutsche Kontroverse.¹² Entgegen der vor Ort erfolgten Absprachen erstellte der grüne Teilnehmer und Bundestagsabgeordnete Jürgen Schnappertz einen schriftlichen fraktionsinternen Bericht, in dem er für die westlichen Kollegen eine griffige Einschätzung der Gruppentopographie der Friedensbewegung östlich der Mauer zu geben suchte:

„Darüberhinaus zeigte die Gruppe um Bohley und Poppes eine äußerst abschätzige Haltung gegenüber den ev. Friedenskreisen und Kirchenführern, denen sie entsprechend ihrem Politikverständnis Abwiegung, Anbiederei an die Staatsführung und ihrer Gruppe gegenüber repressive Toleranz vorwarfen. Der von Vertretern der ev. Kirche ihnen gegenüber geäußerte Vorwurf, sie seien nicht politikfähig, würde als Knüppel gegen sie benutzt. Die Vertreter der „Politikfähigkeit“ verträten eine Politik der kleinen Schritte, die globale Ansätze ablehne“ (XCI: 5f).

Da der Bericht seinen Weg zu den Oppositionellen östlich der Mauer fand, fielen die Reaktionen drastisch aus. Das von Schnappertz ausgegebene Ziel, das Kontaktnetz in die DDR breiter zu streuen und in der Deutschlandpolitik zukünftig auf Nachhaltigkeit statt auf spektakuläre Aktionen zu setzen, wurde nicht nur als ein Angriff auf die Berliner Kontakte von Kelly und Bastian gewertet.¹³ Vielmehr wurde Schnappertz vorgeworfen, die Probleme der DDR-Regimekritik aus der westlichen Perspektive heraus nicht ernst zu nehmen und falsch einzuschätzen. Bereits ein Jahr zuvor hatte sich Lutz Rathenow in einem Brief an Petra Kelly in sarkastischen Worten über die Naivität einiger

¹² Am Seminar nahmen u.a. teil: für die Grünen – Lothar Probst, Jürgen Schnappertz, Ulli Fischer, Henning Schierholz; für die DDR-Friedensbewegung – Rainer Eppelmann, Michael Passauer (ehemaliger Stadtjugendpfarrer Ostberlin), Wolfgang Schnur, Bärbel Bohley, Gerd und Ulrike Poppe, Ralf Hirsch, Werner Fischer, Friedrich Schorlemmer, Hans Misselwitz (Ev. Friedenskreis Pankow); sonstige Teilnehmer – Wolfgang Ackermann (Abteilungsleiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ostberlin), Werner Becker (Präses der Berlin-Brandenburgischen Synode der Evangelischen Kirche), sowie Vertreter von Gruppen aus Dresden, Schwerin, Gera und Ostberlin (vgl. XC).

¹³ Wegen ihrer Beteiligung an öffentlichkeitswirksamen Protestaktionen – so zum Beispiel am Rande der blockübergreifend besetzten Konferenz für European Nuclear Disarmament (END) am 12. Mai 1983 auf dem Ostberliner Alexanderplatz, als es zu kurzzeitigen Verhaftungen kam – standen beide friedensbewegten grünen Politiker innerparteilich schon längere Zeit unter Druck.

Grüner beschwert, die von den dringenden Bedürfnissen ihrer östlichen Gesprächspartner keine Notiz nähmen (vgl. LXXIV). Offenbar machte sich diesmal jedoch Angst breit, im Kampf der noch nicht etablierten Grünen um ihre Anerkennung auf dem großen politischen Parkett als Verhandlungsmasse geopfert zu werden. In einem Brief an Schnappertz machten Ralf Hirsch, Peter Grimm und Reiner Dietrich ihrem Ärger Luft:

„Dein Bericht klingt stellenweise wie eine Zuarbeit für den Staatssicherheitsdienst. Dieser wird Dir für solche Einschätzungen – die Du auch verbreitest – sicherlich weiterhin dankbar sein, so daß Du Dich damit wenigstens vor einem Einreiseverbot bewahren kannst, von dem ja viele Deiner Grünen Freunde betroffen sind“ (XXI: 2).¹⁴

Zu dem Spannungsfeld aus politischer Instrumentalisierung und persönlichen Freundschaften kommt noch ein weiteres, weitaus gravierendes Problem hinzu. Denn auch wenn es wie bereits gezeigt innerhalb der mittelosteuropäischen Regimekritik größere Unterschiede in den Positionen gab, so einte sie doch in viel stärkerem Maße die Wahrnehmung des west-östlichen Unverständnisses. Zwischen westlichen und östlichen Friedens- und Menschenrechtsaktivisten herrschte eine nur schwer zu überwindende Fremdheit vor. Václav Havel hat diesem Unbehagen in seinem Aufsatz „Anatomie einer Zurückhaltung“ in abwägenden, aber deutlichen Sätzen Ausdruck verliehen (vgl. HAVEL 1989b). Gerd Poppe hat sich wiederholt

¹⁴ Dass die Angst vor dem Eingreifen des Apparats in die deutsch-deutschen Kontakte nicht unbegründet war, zeigt unter anderem ein Artikel von Hanfried Müller, Professor für Systematische Theologie an der Humboldt-Universität, Mitglied der Synode der Evangelischen Kirche Berlin Brandenburg und Informeller Mitarbeiter des MfS (IM „Michael“; vgl. HOFFMANN/MÜLLER-ENBERGS/WIELGOHS: 599), in den „Weißenseer Blättern“ aus dem Jahre 1986, in dem er die Kirchen vor Kontakten mit den Grünen warnte und diesen geheimdienstliche Aktivitäten („Ostbüro“) unterstellte (vgl. LV). In der Bundesfraktion der Grünen kursierte zudem ein anonymes Dokument, das – offenbar auf die Flügelkämpfe der noch jungen Partei zielend – Roland Jahns grüingestützte Aktivitäten zur Unterstützung der Oppositionellen in der DDR als parteischädlich und spalterisch bezeichnete, Jahn dunkel als „Diener mehrerer Herren“ denunzierte und ebenfalls das „Ostbüro“-Gespenst an die Wand malte. Bezeichnenderweise beginnt es mit den Worten: „Das ist kein publizistischer Mordanschlag auf den 1983 übersiedelten Ex-Jenaer Protestler Roland Jahn.“ Was folgt, ist genau das (vgl. XX: 1).

zustimmend auf diesen Text Havels bezogen.¹⁵ In den Worten von Kazimierz Brandys gewinnt die gestörte Kommunikation eine geradezu existentielle Plastizität:

Mögen sich die dialektischen Köpfe im Westen das Hirn darüber zermartern, was in diesem phänomenal inszenierten Menschheitstheater links oder rechts ist [...] Sämtliche Pariser Aufstände und Revolutionen erscheinen wie eine Posse, verglichen mit der Politisierung der Polen. Hier fragen sie mich, ob ich links bin, während ich mich frage, ob Gott nicht bestochen worden ist. Und so endet das Gespräch, Leere breitet sich zwischen uns aus“ (BRANDYS 1985: 70f.).

5.2.4 Der „Geist des Protestantismus“

Die Rolle der evangelischen Kirchen für die Entwicklung der Opposition in den 1980er Jahren ist bereits deutlich geworden.¹⁶ Die inhaltliche Beeinflussung ist aber aus verschiedenen Gründen schwierig bestimmbar. Einerseits gab es starke personelle Überschneidungen zwischen kirchlicher und oppositioneller Arbeit, im Hinblick auf die individuelle Sozialisation zum Teil auch eine doppelte religiöse und marxistische Prägung. Das zeigt sich besonders an den Texten der „Solidarischen Kirche“ und der „Kirche von Unten“, wobei bei letzterer die aufbrechenden Generationskonflikte in der DDR deutlich werden. Vor allem jüngere Oppositionelle interpretierten die Bibel als „politisches Buch“ für eine gerechtere Welt und wollten auch die Kirchenstrukturen revolutionieren (vgl. MOLDT 1999: 80; XCII).¹⁷ Andererseits ist angesichts der Vielzahl oppositionell engagierter evangelischer Kirchenmitarbeiter, die im Nachhinein als Interpreten der Oppositionsgeschichte auftreten, eine Überbewertung nicht auszuschließen (vgl. TRÖMMER 2002: 114). Zudem

¹⁵ So in der Kontroverse um das Friedensseminar (vgl. LXVII: 4) und in seiner Beschreibung des grenzüberschreitenden Dialogs (vgl. LXVIII: 104). Rückblickend bestätigte er diese Auffassung im persönlichen Gespräch mit dem Autor auf der Konferenz „Auseinandersetzung mit der totalitären Vergangenheit. Deutsche und tschechische Wege nach 1989 – Ein Vergleich“ (18./19. Januar 2007 in Berlin).

¹⁶ Vgl. Kapitel 4.1.

¹⁷ Der Einfluss der auf Lateinamerika bezogenen „Theologie der Befreiung“ kann hier nicht geklärt werden (vgl. GEISEL 2005: 259).

verkompliziert auch der von der SED-Führung ausgenutzte Hierarchiekonflikt innerhalb der Kirchen – die Basisgruppen standen hier in doppelter Konfliktstellung zu Staat und Bevölkerung sowie zu Kirchenleitung und Gemeinden – das Bild ungemein (vgl. LXXII: 18). Das Beispiel der Samisdat-Zeitschrift „LausitzbotIn“ soll hier der Veranschaulichung dienen. Die Initiatoren Andreas Schönfelder, Thomas Pilz, beide Mitarbeiter der evangelischen Diakonissenanstalt Katharinenhof in Großhenndorf, waren ursprünglich durch den staats- wie kirchenrechtlich unabhängigen, also nach DDR-Recht illegalen „Grenzfall“ zur Herausgabe eines eigenen Blattes inspiriert worden. Um größeren Schwierigkeiten mit dem Apparat zu entgehen, orientierten sie sich bei der praktischen Umsetzung an den „Umweltblättern“ der Berliner Umweltbibliothek, die als Ausgabe der Zionskirchgemeinde von Pfarrer Hans Simon in den Schutzbereich des „innerkirchlichen Dienstgebrauchs“ fielen.

Um ebenfalls in den Genuss dieses formalen Schutzes zu gelangen, versuchten Schönfelder und Pilz eine Rechtsträgerschaft im Rahmen des Netzwerkes Arche zu gewinnen, welches – mit Hilfe einer fingierten kirchlichen Drucknummer unter Schutz des Berliner Landeskirchenprobstes Otto Furian – die Zeitschriften „Arche Nova“ und „Arche Info“ herausgab. Die Berliner sagten zu, aber die Sächsische Landeskirche war nicht einverstanden, denn die „LausitzbotIn“ sollte in ihrem Einflussgebiet erscheinen. Der Streit, der weniger um die Inhalte als aus Angst vor der Gefährdung anderer kirchlicher Publikationen ausgetragen wurde, führte zu einem innerkirchlichen Verteilungsverbot durch den Superintendenten Dietrich Mendt, das von der Redaktion der „LausitzbotIn“ jedoch ignoriert wurde. So griff Anfang 1989 die Staatssicherheit ein und die Exemplare mussten eingesammelt werden, zudem wurden Ordnungsstrafen fällig. Hieraus entwickelte sich ein bitterer innerkirchlicher Streit um das Verhalten der kirchlichen Amtsträger (vgl. LISZKA 1999: 11-33):

5. Geistige Schrittmacher

„Hätte nicht die ganze Geschichte wesentlich glücklicher verlaufen können, wenn auf Anfrage der Behörden die „LausitzbotIn“ als kirchliche Aktivität bestätigt worden wäre, die nicht über einen Zittauer Pfarramtstisch geht? Die Forderung wird in Zukunft mit Ja beantwortet werden müssen, wenn wir weiterhin glaubwürdig unser politisches Mandat als Christen wahrnehmen wollen“ (LXV: 81f.).¹⁸

Doch ist es unbestreitbar, dass es in den sich in die Tradition der Bekennenden Kirche stellenden evangelischen Kirchen der DDR Kräfte gab, die sich im Geiste der Reformation direkt für eine aktiv-kritische Betätigung in der DDR einsetzen wollten und eine Verbindung zwischen Evangelien, christlicher Sozialethik und sozialistischem Gedankengut herstellten (vgl. LVII: 6).¹⁹ In dieser Hinsicht findet besonders Heino Falckes Plädoyer für einen „verbesserlichen Sozialismus“ (FALCKE 1986: 24) häufige Erwähnung (vgl. BICKHARDT 1995: 454f.). Falcke verband das Eintreten für individuelle Autonomie und Verantwortung mit moralischer Kritik an Leistungsmentalität und „liberalistischer Beliebigkeit“ in der Industriegesellschaft (vgl. FALCKE 1986: 26). Der Einfluss der Kirchen dürfte daher im verbindenden Dialog-Gedanken und besonders in der normativen Aufladung des oppositionellen Aufrufs zur Umkehr zu suchen sein. Auch eine existentialistische Aufladung des Reformationsbegriffes im Sinne von Luthers „Freiheit eines Christenmenschen“ (vgl. LUTHER 1953), die auf innere Freiheit setzt, ist nicht auszuschließen.²⁰ Die häufige Verwendung religiös geprägter Termini – wie „(Feindes-) Liebe“, „Götzendienst der Produktion“, „Verantwortung“ (für die

¹⁸ Zum problematischen Verhältnis zwischen Partei- und Staatsapparat und der Kirche in der späten DDR vgl. die quellengesättigte Studie von BESIER (1995).

¹⁹ Dies ist aber wiederum nur ein Teil der protestantischen Ethik, der Webers protestantische Interpretation des „Geists des Kapitalismus“ (vgl. WEBER 1993) und Luthers Interpretation der Zwei-Reiche-Lehre gegenübersteht (vgl. NEUBERT 1990: 107f.; FALCKE 1986: 31). Nicht umsonst versuchte die SED-Führung im Rahmen der Tradition-und-Erbe-Debatte in den 1980er Jahren, die Tradition Münzers und des Bauernkrieges für sich zu vereinnahmen (vgl. MEUSCHEL 1992: 283-91).

²⁰ Inwieweit es darüber hinaus gesellschaftspolitisch konzeptionelle Unterstützung aus Kirchenkreisen gegeben hat, ist kann an dieser Stelle nicht geklärt werden. Einerseits wird in der Literatur die Rolle des „Kirchlichen Forschungsheimes“ in Wittenberg hervorgehoben, das unter anderem 1980 eine Broschüre mit der Anwendung der Ergebnisse des Club of Rome auf die DDR herausgab (vgl. HALBROCK 1995: 28). Andererseits reißt in den Schriften zur Gruppenselbstverständigung das ständige Lamento über das zu überwindende theoretische Defizit nie ab (vgl. XLIX: 130).

Schöpfung), „Gerechtigkeit“ – verdeutlicht dies. Dem Einzelnen sollte deutlich werden, wie sehr er auf Kosten und auf Grundlage der Hilfe seiner Mitmenschen lebte. Gemeinschaftliches Handeln und die Kritik der Autoritäten konnten so den Status eines Bekenntnisses erlangen, das auf die Übernahme eigener Verantwortung abzielte (vgl. LXXXII; XXXVIII). Bei Havemann und Bahro war der Reformationsbegriff noch als Metapher gemeint und stärker strategisch besetzt gewesen. Andererseits war eine existentialistische Stoßrichtung auch in Bahros Bewusstseins-Ansatz angelegt. Der christliche Glaube dürfte jedenfalls für nicht wenige den Platz einer metaphysischen Autorität eingenommen haben, den der Marxismus-Leninismus nicht mehr (bzw. noch nie) ausfüllen konnte. In Verbindung mit dem Engagement der Friedensgruppen, das für viele Oppositionelle ein Sprungbrett in die Regimekritik gewesen war, ist sicherlich eine gewisse Verankerung in kirchlichen Denkhorizonten und Termini befördert worden.²¹ So konnten die überzeugungsübergreifenden immanenten Bündnisse hergestellt werden, was allerdings auch dazu führte, dass von außen nur noch programmatische Versatzstücke – wie gesehen im Hinblick auf Mittelosteuropa, Perestroika und die Grünen – aufgenommen wurden, ohne dass diese eine nachhaltige reflektorische Wirkung entfalten konnten.²²

5.3 Fazit

Gerade die inhaltlich eher negativen Ergebnisse des Blickes nach Mittelosteuropa und auf die Sowjetunion lassen es plausibel erscheinen, dass die Ursachen für die Sonderstellung der DDR-Opposition tatsächlich in Faktoren innerhalb der DDR zu suchen sind. Hier rückt die Wirkung der Dissidenten Robert Havemann, Wolfgang Harich und vor allem Rudolf Bahro in den Blick. Ihre Schriften könnten im übertragenen Sinne die Rolle eines

²¹ Dies spiegelt sich in besonderem Maße im programmatischen Antrag zur „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“ wider (vgl. VI).

²² Dies gilt auch für die Rezeption von philosophischen Schriften, die für die Konzeptionalisierung individuellen und gemeinschaftlichen Handelns hilfreich hätten sein können, wie das Beispiel von Hannah Arendt zeigt (vgl. RÖHRBORN 2008b).

„1968“ der DDR gespielt haben: Die Auseinandersetzung mit ihnen machte deutlich, dass mit weitreichenden Reformen allein von oben nicht mehr zu rechnen war, sondern dass sie von unten aktiv herausgefordert und abgesichert werden mussten. Die von Havemann und Bahro wie auch den Oppositionellen gleichermaßen gewünschte emanzipatorische Gesellschaft, getragen von einem aus der industriegesellschaftlichen Perspektive gewonnenen Antikapitalismus sowie ökologischer und sozialer Verantwortung, sollte durch ein breites bekenntnisübergreifendes Bündnis und auf Grundlage eines auf persönlicher Selbsterkenntnis beruhenden kulturellen (Bewusstseins-)Wandels erreicht werden. Gleichzeitig wurde bei Bahro in letzter Konsequenz, bei Harich in der Breite deutlich, dass von überzeugten Einzelpersonen entworfene Alternativkonzeptionen notwendig ideologisch voreingenommen sein würden und so wiederum den Keim der Unfreiheit enthielten. Diesen hatten die Oppositionellen gerade anhand Bahros „Alternative“ durch die geistig befreiende Ideologiekritik am Marxismus-Leninismus und an der Wirklichkeit des realsozialistischen Staates zu überwinden gesucht. So wurde die Entwicklung einer Perspektive befördert, die zur Maximierung von Freiheit nicht auf strukturelle, sondern auf kulturelle Veränderungen setzte. Diese Absetzbewegung von den konkreten Alternativmodellen der Dissidenten fand aber dennoch unter partieller Aufnahme bzw. Weiterentwicklung einiger ihrer Perspektiven – so der Orientierung auf eine europäische Friedensordnung bei Havemann und dem emphatischen Lob freier Kommunikation in überschaubaren Gruppen bei Bahro – statt. Die Dissidenten gaben also wahrscheinlich einen globalen Interpretationsrahmen vor, der dann wegen seiner weltanschaulichen Offenheit durch protestantische Ideale und die konkreten sozialisierenden Erfahrungen in den Basisgruppen aufgefüllt werden konnte. Er entfaltete so eine beachtliche Integrationswirkung über die Gruppen- und weltanschaulichen Grenzen hinweg, ersetzte strategisches Handeln aber zu stark durch den Imperativ der Moral. Die konkrete Utopie gegenwartsbezogenen Handelns ersetzte die große Utopie der Zukunft. In

diesem Sinne müssen die Oppositionellen als Postdissidenten gesehen werden.

Der daraus hervorgehende politische Standort der Opposition, das habe ich hier zu zeigen versucht, kann politiktheoretisch am besten unter dem Begriff einer ökologisch-sozialen Demokratie beschrieben werden. Da zu deren zentralen Forderungen der politische Primat der Gesellschaft zählt, kann er nicht als „3. Weg“ *zwischen* staatssozialistisch und kapitalistisch organisierten Gesellschaften, die beide gleichermaßen durch den politischen Primat industrieller Ökonomie gekennzeichnet sind, charakterisiert werden. Es handelt sich also um die Suche nach einem gänzlich *anderen*, 2. Weg.²³

Die inhaltliche Wirkung der Dissidenten auf die Opposition kann daher tatsächlich nur als eine widersprüchliche und vermittelte bezeichnet werden.²⁴ Der geistig befreiende und handlungsauslösende Impuls gerade der Bahro-Rezeption für die Opposition kann vor dem Hintergrund des hier bearbeiteten Materials kaum noch bestritten werden. Mit Hilfe der dissidentischen Perspektive lässt sich die Entwicklung der Opposition in den 1980er Jahren, ihr politischer Standort ebenso wie dessen immanente Grenzen (Äquidistanz, Pazifismus statt eigener politischer Entscheidung) zweckmäßig betrachten. Auch das Zusammengehen und die inhaltliche Annäherung und die Zusammenarbeit marxistischer und christlicher Akteure sind auf diese Weise besser zu verstehen. Es spricht zudem für den Untersuchungsansatz, dass das aus ihm gewonnene Deutungsangebot zur Präzisierung einiger Annahmen (so zur Wahrnehmung der Perestroika, zum Charakter des Antifaschismus-Komplexes und des Dialogbegriffs) geführt hat. Er bietet überdies auch für die Gegenwart weiterführende Anknüpfungspunkte.

²³ Dass der Begriff des „3. Weges“ dennoch vielfältige Verwendung in zeitgenössischen Schriften und heutigen Interpretationen findet, hat wohl verschiedene Gründe. Hier ist seine Verwendbarkeit als unbestimmter Sammelbegriff wie auch als ein der persönlichen Selbstverständigung dienendes plakatives Etikett jeder Art von oberflächlicher Systemkritik zu nennen.

²⁴ An dieser Stelle muss nochmals ausdrücklich auf die Beschränkungen der für diese Untersuchung verwendeten Methodik hingewiesen werden (vgl. Kapitel 1.6).

5. Geistige Schrittmacher

Dies gilt besonders im Hinblick auf die emanzipatorischen Grundlagen von demokratischer Politik. Sie darf nicht aus den Augen verlieren, dass ihre wesentliche Aufgabe in der diskursiven Vorbereitung und dem verantwortungsbewussten Treffen von grundlegenden Entscheidungen über die Zielrichtung und Umsetzung jener Maßnahmen liegt, die auf die Sicherung *und* Vergrößerung individueller Freiheit gerichtet sind. Wegen der in ihrer Pluralität wurzelnden Konkurrenz zwischen Menschen darf keine Gesellschaft den wichtigsten Mechanismus ihres Zusammenhalts, Solidarität, leichtfertig aufs Spiel setzen. Jedes demokratische Gemeinwesen, das diesen Traditionsstrang aus den Augen verliert, ist über kurz oder lang enormen Fliehkräften ausgesetzt. Unter diesem Gesichtspunkt möchte ich auch die folgenden abschließenden Bemerkungen verstanden wissen, die auf den eingangs dargelegten Rahmen der Untersuchung zurück-, aber auch über diesen hinausweisen. Die verantwortungsvolle Verortung der eigenen Forschungstätigkeit in den gesellschaftlichen Kontext gehört in der Tradition von Max Weber und Hannah Arendt zu den unerlässlichen Aufgaben wissenschaftlicher Tätigkeit.

EPILOG

Grenzzone.

Entlastet die Wissenschaft von der DDR-Geschichte

Daß die Zeit unser Verlangen hervorbringt, doch nicht, wonach uns am meisten verlangt. Die niedergehaltenen Leidenschaften. Wir taugen nicht zu dem, wonach wir uns sehnen. Wir müssen verstehen, daß Sehnsucht keiner Begründung bedarf. Die Zeit scheint eine neue Ordnung der Dinge herbeiführen zu wollen, und wir werden davon nichts als bloß den Umsturz der alten erleben. Zu denken, daß wir von Wesen verstanden würden, die noch nicht geboren sind. Um Haltung ringen. Als hätte, was wir tun oder lassen, am Ende eine Bedeutung.

Christa Wolf, *Kein Ort. Nirgends*

Dadurch daß ihr vorwärts seht, ein großes Ziel euch steckt, bändigt ihr zugleich jenen üppigen analytischen Trieb, der euch jetzt die Gegenwart verwüftet [...] vergeßt den Aberglauben, Epigonen zu sein“ (NIETZSCHE 1924: 56).

Was hier gezeigt werden sollte, ist die Möglichkeit eines völlig anderen Herangehens an die Geschichte der DDR. Oppositionsforscher wie Christof Geisel oder Ilko-Sascha Kowalczuk haben sich auch zwanzig Jahre nach Maueröffnung geistig noch nicht völlig von der mentalen Teilung befreien können, wenn auch aus unterschiedlichen Beweggründen. Einige der Oppositionellen-Historiker bleiben auch nach der Implosion des kommunistischen Herrschaftsapparates auf diesen fixiert und scheinen fast manisch damit beschäftigt zu sein, gegenüber der sie weiterhin keines Blickes würdigenden Bevölkerung ihr damaliges Tun zu rechtfertigen. Natürlich ist die Sachlage wesentlich komplexer, und zum Glück gibt es auch hier viele Positivbeispiele. So ist die Initiative für ein „Zentrum für Oppositions- und Widerstandsgeschichte gegen die kommunistische Diktatur – für Freiheit und Demokratie“ ein durchaus konstruktiver Beitrag in der Debatte um ein nationales Gedenkstättenkonzept (vgl. KOWALCZUK 2008). Es soll zur integrativen Erinnerung an beide deutschen Diktaturen beitragen und dadurch auch ausdrücklich dem „Nachholbedarf bei der Aufarbeitung des SED-Unrechts“ (BEAUFTRAGTE 2007: 10) Rechnung tragen. Fraglich bleibt jedoch, ob Kowalczuks Warnung vor einem durch „einstige Systemträger“ vertretenen „postdiktatorischen Geschichtsrevisionismus“ (KOWALCZUK 2008: 7) tatsächlich eine ernst zu nehmende Bedrohung unseres freiheitlichen Gemeinwesens thematisiert oder ob sie nicht selber Ausdruck der „Anzeichen dafür [ist], dass sich im Reden über die DDR eine political correctness herauszubilden beginnt“ (FRITZE 2006: 658). Jedenfalls zeugt sein Vorschlag, Forschung und Dokumentation zum Widerstand in der DDR nicht, wie ursprünglich geplant, in dem von Bürgerrechtlern im Januar 1990 besetzten ehemaligen MfS-Hauptquartier in der Normannenstraße 1, sondern zentral in dem am Ort des gesprengten Palastes der Republik wiederaufzubauenden Berliner

Stadtschloss unterzubringen, von anhaltendem geschichtspolitischem Bewusstsein und Kreativität.

Leuten wie Geisel hingegen fehlt leider die Einsicht, dass es zur Beschreibung der DDR-Opposition tatsächlich andere Perspektiven als die bundesdeutsche geben kann und sogar geben muss, wenn neben der Instrumentalisierung auch historisches Verständnis Einzug in den Umgang mit dem Phänomen halten soll. Leider verteidigen beide Seiten verbissen ihre jeweilige Weltsicht und die zugehörigen Bezugsgruppen, getreu dem Motto: „Was Opposition war, bestimme ich!“. Natürlich will ich damit nicht behaupten, dass dabei nicht auch ernsthafte methodologische Probleme verhandelt würden, doch eben gerade nicht mit der gebotenen Unaufgeregtheit. Letztlich sitzt Kowalczuk, der selbsternannte Gralshüter und eloquente Chefankläger *der* Opposition – und die war bestimmt nicht „links“, wie er nicht müde wird zu betonen; natürlich ohne zu definieren, was sich der gewogene Leser im Einzelnen darunter vorzustellen habe – im selben Glashaus wie auch Geisel. Der kommt aus dem Westen sowie dem „falschen“ politischen Umfeld und nimmt die historischen Akteure aus einer dezidiert westlichen Perspektive unter die Lupe, oder, wie Kowalczuk meint, in erneute Haft. Die untergründige Motivation für ein solches Vorgehen müsse doch wohl im „Revolutionsneid“ zu suchen sein (vgl. KOWALCZUK 2006). Ob Kowalczuk damit vor seinen Lesern mehr schlecht als recht seinen Machismo zu verstecken sucht oder doch eher mitfühlend psychologische Hinweise verteilt, mögen andere klären. Mir scheint, die beiden Streithähne trifft gleichermaßen eines der Verdikte Nietzsches: „Aber wie gesagt, es ist ein Geschlecht von Eunuchen [...] nämlich von solchen, die nie selber Geschichte machen können“ (NIETZSCHE 1924: 43).

Eine der vordringlichsten Aufgaben jeder Auseinandersetzung mit der DDR-Geschichte muss es heute sein, die emanzipatorischen Kräfte unseres Landes mit der deutschen Geschichte insgesamt zu versöhnen (schon alleine deswegen, weil die Auseinandersetzung mit der NS-Geschichte dies aus nahe liegenden Gründen niemals wird leisten können). Der geschichtspolitische

Kampf gegen die Linke gefährdet auf lange Sicht die gesellschaftspolitischen Innovationspotentiale Deutschlands. Die konservativen und liberalen Grabenkrieger übersehen, dass auch die ökonomischen Potenzen leiden, wenn individuelle Verantwortung und Kreativität der jungen Generationen sich nicht auf ein positives Bild der eigenen Nation beziehen können. Es könnte sich im viel beschworenen internationalen Standortwettbewerb noch bitter rächen, dass das Leitbild der gegenwärtigen Patriotismusdebatte mit der Sterilität einer Hochglanzwerbekampagne daherkommt – quadratisch, praktisch, gut abwaschbar:

„Das humanistische, europäische Erbe der deutschen Sozialisten wird im Ganzen so rasch keine neue Heimat finden. Die Geringschätzung dieser Tradition hat schon bisher der Diktatur-Verklärung wie der Stasi-Entschuldigung Platz geschaffen. Was soll man sagen? Es geht voran. Das hieß einmal: weiter auf bewährtem Kurs“ (BISKY 2008: 13).

Geradezu erfrischend ist es da zu sehen, wie neben den Stierkämpfen in Historiographie und Politik die Kultur ganz unauffällig aus den Gräben gestiegen ist. In diese hatte man sie sehr wohl zu zwängen versucht, wie ein Blick auf den an selbstgerechter Niedertracht kaum zu überbietenden Literaturstreit (1990) wie den auch eher einfältig zu nennenden Bilderstreit von Weimar (1999) schmerzlich zeigt. Dass dies auch ohne *den* großen „Wenderoman“ gelang, ja, wohl nur ohne ihn gelingen konnte, überrascht nicht – erwartete das Feuilleton diesen doch seit 20 Jahren gleich einem Messias, der uns von allem deutsch-deutschen Ungemach befreien sollte: „Die junge Künstlergeneration in Ost und West hat das Erbe der Teilungsgeschichte ausgeschlagen, sie verarbeitet eigenständig, oft mit Sarkasmus oder frivoler Ironie, frei von der Erblast der Tradition und von verbindlichen Stilkonventionen ihre eigenen Erfahrungen“ (vgl. THOMAS 2000: 260). Sie kümmert sich damit auch nicht mehr um die einseitig diffamierenden Begrifflichkeiten des ersten Nachwendejahrzehnts: „Was ist das überhaupt für

ein Begriff: DDR-Kunst. Spricht man je von BRD-Kunst? Wenn überhaupt, dann doch von deutscher Kunst“ (Wolfgang Mattheuer, zitiert nach ebd.: 267).

2008 ist nicht etwa endlich zusammengewachsen, was zusammengehört; vielmehr bleibt getrennt, was nicht zusammengehört. Der östlich-imperiale Zugriff auf Mitteleuropa ist nach Jahrhunderten zurückgedrängt. Der Blick auf die allen und von allen gerissenen Wunden eröffnet die Möglichkeit für heilsame Offenheit. Es war die Literatur, die nach der aufklärerischen Morgenröte des 18. Jahrhunderts, dem im gleißenden Licht des technischen Fortschritts stehenden 19. Jahrhunderts und auch während des von einer barbarischen Sonnenfinsternis verdunkelten 20. Jahrhunderts die innereuropäische Kommunikation offengehalten und schließlich auch wieder Empathie befördert hat (vgl. KONRÁD 2001) – Kommunikation, die angesichts unsäglicher Verbrechen zunächst zu verstummen drohte (vgl. VILLA 2007). Diese Fähigkeit hat sie in den letzten Jahren wiederum unter Beweis gestellt, so als Sprachrohr der mittelosteuropäischen Dissidenz während der finalen Krise des sowjetischen Imperiums (vgl. MICHEL/SPENGLER 1985), bei der sensiblen und vielstimmigen Aufarbeitung diktatorischer Hinterlassenschaften (vgl. KAISEROVÁ/RÖHRBORN 2008) oder beim schonungslosen Blick auf die Exzesse der jüngsten Balkankriege (vgl. SWARTZ 2007). Allerdings ist im Vergleich dazu auch das Überangebot historischer Sezierung und medialer Verarbeitung der jüngeren Vergangenheit deutlich geworden. Es besteht die Gefahr, dass Geschichte dadurch der Lebenswelt des Einzelnen zunehmend entfremdet wird und ihm gewissermaßen als Fetisch gegenübertritt (vgl. GRUNENBERG 2001). Wenn uns die Vergangenheit zu etwas nütze sein soll, müssen wir den historischen Akteuren gleichsam erlauben, vor unserem geistigen Auge im Kontext ihrer zeitgenössischen Wahrnehmungen, Ziele und Handlungsspielräume zu erscheinen. Dafür braucht es neben kritischer Distanz und Empathie nicht zuletzt auch klare politikwissenschaftliche Analysen, welche die Interessen, Absichten und Verhaltensweisen der handelnden Personen nicht nur zu analysieren imstande sind, sondern diese auch tatsächlich verstehen wollen.

Auf diese Weise trägt man bei zu der historischen Gerechtigkeit, deren Abwesenheit, wie eingangs beschrieben, im ostdeutschen Transformationsprozess von verschiedener Seite beklagt, von anderer als unabweislich betrachtet wurde: In dem Maße, wie man dem und den Vergangenen gerecht zu werden sucht, wird man auch ein Gerechter der Gegenwart sein.

Wie eingangs erwähnt war der bundesdeutsche Umgang mit der gemeinsamen deutschen Vergangenheit seit 1945 in einem zunehmenden Maße von Recht geprägt. In der Geschichtspolitik hingegen ist ein Zug von Rache nicht zu verleugnen. Die sich beinahe zu einem internationalen Paradigma entwickelnde gesellschaftliche Aufarbeitung und politisch-kulturelle Indienstrafe der Naziherrschaft hat sich nicht nur auf die Verdrängung politischer, wirtschaftlicher und kultureller Eliten beschränkt, wie unvollständig diese auch immer bleiben muss. Zumindest teilweise geriet sie zumindest zwischen Mitte der sechziger und Mitte der achtziger Jahre zu einer Abrechnung einer „spätgeborenen“ Generation mit einem ganzen Volk. In dem mittlerweile quasi mystischen Bekenntnis zur Schuld der „Tätergeneration“ sagte man sich selber los von dessen „noch fruchtbaren“ Schoß, aus dem – mit Brecht gesprochen – doch augenscheinlich ein jeder von Ihnen gekrochen war. Hatte im alten Rom noch die Institution der *Damnatio Memoriae* eines verblichenen Herrschers dafür gesorgt, die Zukunft des Gemeinwesens (verkörpert durch den Imperator) nicht mit den Untaten der Vergangenheit zu beschmutzen, wurde nun in der Verdammung der gesamten Gesellschaft die Voraussetzung für die Freisprechung (und damit den Akteurscharakter) des Einzelnen gesehen.¹ Diese Praxis treibt bis in unsere Tage fleißig Blüten, oder

¹ VITTINGHOFF (1936: 66) betont, dass der Begriff *damnatio memoriae* eine moderne Umprägung des juristischen terminus technicus *memoria damnata* darstellt, die sich in besonderer Weise auf die antike Bilderverehrung bezieht. Unter *damnatio memoriae* wurden in der Altertumswissenschaft über lange Zeit irrtümlich eine Vielzahl verschiedener Strafmaßnahmen zusammengefasst: „Den wegen Hochverrates (*perduellio*) Verurteilten trifft nach dem römischen Criminalrecht, sofern über ihn die Todesstrafe verhängt oder das Verfahren erst nach dem Tode zu Ende geführt wird, ausser der in der Confiscation des Vermögens bestehenden Nebenstrafe noch eine Reihe anderer, auf die Austilgung des Andenkens an ihn abzielender Nebenstrafen. Es wird ihm das Grabrecht entzogen, den

wie ist es sonst zu verstehen, dass von einzubürgernden Personen nicht nur völlig zu Recht Gesetzes- und Verfassungstreue verlangt, sondern ihnen als moralisches Pflichtprogramm auch die Übernahme der „deutschen Verantwortung vor der Geschichte“ dargeboten wird. Ein Schelm, der bei solcher Praxis auf die Idee kommt, nur ein Antideutscher sei ein guter Demokrat.

Die nationalrevolutionäre und nazistische Reaktion auf die Verwerfungen und Krisen der Moderne war es gewesen, Gesellschaft und Staat unter dessen Führung organisch zu verschmelzen. Das Ergebnis dieses Experiments ist hinreichend bekannt. Ein Resozialisierungsprogramm schien aus guten Gründen dringend geboten. Während der antifaschistische Neuanfang im östlichen Deutschland schließlich in eine kommunistische Kasernierung der Gesellschaft pervertierte – mit einem „Schutzwall“ mit Stacheldraht nach *innen*, an dem ein „Republikflüchtling“, ging er quasi von der „Fahne“, auch wie ein militärischer Gegner „auszuschalten“ war – wurde die Gesellschaft im Westen lediglich unter politische Quarantäne gestellt. Die Insassen dieser *äußerst unterschiedlichen* staatlichen Fürsorgeanstalten wurden 1990 unter glücklichen Umständen entlassen: die Repolitisierungsgefahr schien jedenfalls aus damaliger Sicht eher gering zu sein. Die zu einer neuen Gesellschaft langsam zu verschmelzenden früheren Teilgesellschaften weisen zwar naturgemäß nach langer Teilung noch beachtliche Unterschiede in den Einstellungen ihrer Mitglieder auf, doch sind sie in ihrer latent duldsamen Entfremdung gegenüber dem politischen System solange getreulich vereint, wie diese Strategie vergleichbare Chancen auf maximierte Teilhabe am historisch-präzedenzlosen Wohlstand glaubhaft verspricht. Das Kennzeichen der Berliner Republik ist nicht ein intellektueller, postnationalistischer Verfassungspatriotismus, wie er besonders in der

Verwandten verboten, um ihn zu trauern, die ihm zu Ehren errichteten Standbilder werden umgestürzt, seine Angehörigen dürfen seine *imago* nicht einmal im Hause haben, seine Name wird aus *a l l e n* öffentlichen Denkmälern und auch privaten Urkunden getilgt; bisweilen wird auch die Fortführung des Praenomens des Verurteilten in seiner Gens untersagt“ (BRASSLOFF 1958: 2059; H.i.O.; dort auch Belegstellen).

Bundesrepublik der 1980er Jahre diskutiert wurde (vgl. MÜLLER 2007: 15-45). Dies würde angesichts der fortgesetzten Angriffe des „Verfassungsministers“ gegen zentrale Bestandteile des Grundrechtskatalogs auch als kühne These erscheinen. Gegenreaktionen bleiben weitgehend auf eine (stark öffentlichkeitswirksame) Minderheit der Intelligenz in Kultur, Politik und Medien beschränkt. In der Breite haben wir es wohl weiterhin mit dem Glauben an die Vitalität des deutschen Wirtschaftswunders zu tun. Auf dieser – wahrlich gesamtdeutschen – Grundlage stimmten die Bürger der DDR weitgehend geschlossen dem Beitritt zur Bundesrepublik zu. Bei deren Eliten verfestigte sich so das Gefühl einer nahezu unumschränkten historischen Legitimität und Überlegenheit, was sich bei der öffentlichen Darbietung – wohlgemerkt nicht: Entscheidung – großer Richtungsentscheidungen (z. B. dem Kosovokrieg 1999 oder der Osterweiterung und Konstitutionalisierung der Europäischen Union) auch in der Bevorzugung geschichtsphilosophischer Überzeugungen gegenüber politikpraktischen Argumentationen niederschlug. Der durch die beschleunigten globalen Verflechtungsprozesse für alle wieder deutlicher hervortretende Klassencharakter sozialer Konflikte trifft die politischen Entscheidungsträger nun umso unvorbereiteter. Auf den Verfall des „permissive consensus“ (vgl. LINDBERG/SCHEINGOLD 1970) reagieren sie tendenziell eher mit Populismus als mit verstärkter Partizipation. Populismus, das ist vom politischen Standort der DDR-Opposition aus betrachtet eine Strategie des In-Abhängigkeit-Haltens, der *Subalternität*. Nicht ohne Grund wird auch von der „Droge Populismus“ (vgl. HOLTMANN 2006) gesprochen, denn der populistische Politiker gaukelt durch von oben gesteuerte Mobilisierung gegen alle Art von „Sündenböcken“ und sekundiert von auf Skandalisierung bedachten Medien bedeutungsvolle Partizipation von unten lediglich vor, wo die Entscheidungskompetenzen für die richtungweisenden Fragen dem Einfluss des Wählers entzogen bleiben. Damit dieser Sachverhalt nicht offen zutage tritt, müssen zeitlich nahe liegende, aber zumeist sachfremde und der Problemlösung nicht dienliche Forderungen erhoben und „Ergebnisse“, zum Beispiel eine „Reichensteuer“ oder die Verpflichtung zur

Verwendung des Deutschen als Predigtsprache, präsentiert werden. Dies als Symbolpolitik zu klassifizieren, verkennt das Problem, dass eine systemische wichtige Teilfunktion des politischen Prozesses (vgl. EDELMAN 1990) zum bestimmenden Regulationsprinzip zu mutieren droht.

Was an Anatomie der DDR in den vergangenen zwei Jahrzehnten – und auch schon davor – sinnvoll, das heißt im Gewinnen *relevanter* Aussagen, geleistet werden konnte, ist in einem beeindruckenden Lauf durch Archive, in der Arbeit mit Zeitzeugen und natürlich auch in ehrenamtlicher Beschäftigung mit dem Thema auf beeindruckende Weise geleistet worden. Was auf diesem Wege jetzt noch folgen kann, ist historischer Detailstreit, vielleicht auf „Weltniveau“, aber ohne Weltbedeutung. Der geschichts- und berufspolitische Kampf um das Bild der DDR kann eingestellt werden. Niemand wird sich über den Charakter der SED-Herrschaft noch Illusionen hingeben können – wollen allerdings schon, aber solchen Leuten ist ohnehin nicht zu helfen: zu Konvertiten und Fundamentalisten predigt man vergebens. Nicht ohne Grund ist eine Öffnung des Blickwinkels in Richtung einer europäischen Perspektive gefordert worden (vgl. KOCKA 2003). Das sollte auch heißen: für europäischen Themen, also Pluralität, Wettbewerb, Verantwortung. Über tatsächliches „Lernen“ aus der Geschichte der DDR, gerade auch aus ihrer Opposition, für die Gegenwart wird noch viel zu wenig nachgedacht.

Aus der Höhe der historischen Betrachtung mutet es doch recht merkwürdig an, dass eine bedeutsame Trägerschicht der DDR reichlich wenig unter die Lupe genommen wird: die schweigsame Bevölkerung, die Angepassten und Konformen. Es ist nachgerade bizarr, wie sich die Forschung u.a. mit Kritik an denen abarbeitet, die es überhaupt wagten, sich in welcher Form auch immer gegen die vielfältigen Zumutungen des Regimes zu stemmen. Anstatt sich diejenigen vorzunehmen, die das System Tag für Tag durch Duldung stützten. Diejenigen, die wie immer „nichts zu verbergen“ hatten, und folglich in der Rückschau auch „nicht gelitten“ haben in der DDR. Die Kehrseite der hysterischen Jagd auf IMs und Kollaborateure aller Art und in allen Himmelsrichtungen war die Exkulpiierung der Masse, denn sie hatte

man ja so eben ins neue System inkorporiert. Gerade die oppositionellen Köpfe hatten dies verhindern wollen.

Mit dem „Philosophieren“ über „das wahre Leben im falschen“ (vgl. DIECKMANN 1998) erreicht man nur die intellektuellen Sparringspartner. Auch Wolfgang Englers Ontologie der ostdeutschen Lebenswelt kann nicht befriedigen, weil aus ihr nicht deutlich wird, welchen Einfluss die real sozialistische Prägung und Gewöhnung gegenüber grundsätzlichen menschlichen Dispositionen in der Interessenverfolgung tatsächlich hat(te). Dass die Ostdeutschen irgendwie anders sind, hatten wir dann doch schon gewusst. Allerdings muss man Engler zugute halten, dass er aus einer ursprünglich spezifisch ostdeutschen Perspektive einen übergreifenden Ansatz zum Wandel der Arbeitsgesellschaft entwickelt hat (vgl. ENGLER 2007). Dennoch bleibt es notwendig, kritische Zugänge zu den verschiedenen ostdeutschen Bevölkerungsgruppen und deren historischer und erinnertes Lebenswirklichkeit zu eröffnen. Sozialhistorische Ansätze haben hier schon Beachtenswertes zutage gefördert (vgl. BAUERKÄMPER 2005). Allerdings sollte weniger rekonstruiert werden; die Thematisierung grundsätzlicher Probleme der Vergesellschaftung – der Umgang mit Ausländern und Andersdenkenden, die Wertschätzung und Instrumentalisierung von Sozialpolitik oder die „gehegte“ (DUBIEL 1997: 425) soziale Destruktivität von individueller Interessenverfolgung – im direkten Vergleich mit der bundesrepublikanischen Referenzgesellschaft ist weitaus wichtiger. Mit der bisherigen plakativen Anti-System-Rhetorik und Außenseiterbezogenheit (auf Opposition, religiöse Minderheiten, Sportler etc.) erreicht man, spiegelbildlich zur *anti-imperialistischen* SED-Propaganda, überhaupt nichts an positiver Integration. Kultur und Kunst haben hier größere Potentiale mit Länderübergreifender Ausstrahlung, die bei weitem noch nicht ausgeschöpft sind.²

² So erregen zum Beispiel die Ausstellungen des mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichneten Ostberliner Fotografen Harald Hauswald unter Besuchern oft heftigen Widerspruch. Hauswald zeigt in seinen Bildern ganz bewusst sowohl die in der DDR-Gesellschaft weit verbreitete Lebensfreude in der Tristesse als auch den Spielraum abweichenden Verhaltens (vgl. KAISEROVÁ/RÖHRBORN 2008).

Der „zweiten deutschen Diktatur“ ist die besondere Tragik eines erneuten „20. Juli“ erspart geblieben. Es ist allerdings die Tragik der „zweiten deutschen Demokratie“, dass ihre politischen Eliten das im Gegensatz zur Wehrmachtsverschwörung demokratisch einwandfreie und zeugungsfähige Erbe der DDR-Opposition ausgeschlagen haben. Sie begeben sich damit ohne Not in die Gefahr, den Fehler der ehemaligen DDR-Eliten – nämlich in einer Phase zunehmender systemischer Ineffizienzen und aufbrechender gesellschaftlicher Umverteilungskämpfe die Dialektik aus schonungsloser Selbstkritik von unten und selbstloser Verantwortung von oben auszublenden – auf neuer Stufe zu wiederholen. Sie setzen so den bisherigen Modus gesellschaftlichen Zusammenhalts langfristig, aber grundsätzlich aufs Spiel. So wie Rom sprichwörtlich nicht an einem Tag erbaut wurde, brach auch die DDR nicht von heute auf morgen, wohl aber plötzlich zusammen. Es lohnt sich daher, die oppositionelle Perspektive auf die stille Übereinkunft der strukturellen Beharrungskräfte in Bevölkerung und Regime auf neue Art auf die gegenwärtige Situation zu übertragen.

Keiner der beiden (idealtypisch) in der derzeitigen Diskussion um die Reform der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik angebotenen Lösungsvorschläge ist im wirklichen Sinne gemeinwohlorientiert. Die marktradikale Variante erhebt den global verflochtenen *Wirtschaftsstandort* zum eigentlichen Deutschland und fordert die Ausrichtung aller gesellschaftlichen Teilbereiche und individuellen Verhaltensweisen auf dessen Logik der Profitmaximierung. Die von der neu erstandenen gesamtdeutschen Linken propagierte Umverteilungspolitik beruht im Grunde auf Sozialneid. Diese korrespondiert mit einer (wenn auch abgeschwächten) Form von repressiver Gleichheit, einschließlich der Tendenz zur Ethnisierung sozialer Probleme (*polnische* Klempner und *türkische* Hauptschüler) und einer gesteigerten Aggression gegen abweichendes Verhalten. Beide Vorschläge sind nicht nur zwei Seiten der gleichen Medaille, nämlich eines individuellen Egoismus in der dem spezifischen sozialen Standort entsprechenden Ausprägung. Sie drohen auch ein unbewusste, aber unheilvolle Allianz

einzugehen. Das Problem des Kolonialismus mag sich in unseren Gesellschaften streng typologisch betrachtet nicht mehr stellen; politisch-psychologisch gesehen hat es sich jedenfalls nicht erledigt. Es kann daher nicht ausgeschlossen werden, dass es eines Tages wieder auf die (europäische) Tagesordnung gesetzt wird.

Der Ort des Politischen bleibt weiterhin unbesetzt. Nach parteiübergreifend geäußelter Ansicht hatte die Bundesrepublik bereits in den achtziger Jahren die Grenzen ihres immanenten Wachstums erreicht und benötigte dringend eine Neubestimmung des Aufgaben- und Verantwortungsverhältnisses zwischen Markt, Staat und Gesellschaft (vgl. LAMBSDORFF/SPÄTH 1987; OERTZEN 1984), die aber unter Helmut Kohl entgegen aller Erwartungen – allerdings abgesehen von der europäischen Ebene – gerade nicht tiefgreifend durchgeführt wurde (vgl. ZÖHLNHÖFER 1998; GRANDE 1987). So muss sich nun folgerichtig die Berliner Republik mit den daraus resultierenden transformatorischen Erfordernissen und Gefahren herumschlagen. Bisher lebt sie dabei als politisches Gemeinwesen nicht etwa von der ökonomischen Substanz, sondern von jener der Solidarität. Diese entsteht nur durch tatsächliche politische Teilhabe der Individuen an gesellschaftlichen Richtungsentscheidungen, durch das konkrete Erlebnis, ernst genommener Teil eines widersprüchlichen, aber gemeinschaftlich *gewollten* Ganzen zu sein. Nur auf dieser Grundlage lassen sich *Selbstverwirklichung* als klassisch sozialistischer und *Eigenverantwortung* als klassisch liberaler Strang der Aufklärung auf gerechte und effektive Weise in Einklang bringen. Die politische Kultur der Bundesrepublik, die auf dem – historisch verständlichen, aber dennoch keineswegs ungefährlichen – elitären Fernhalten der Bevölkerung von der diskursiven Vorbereitung von grundlegenden Richtungsentscheidungen beruht, wie es sich am deutlichsten bei den verfassungsändernden Dimensionen der Europapolitik zeigt, ist dazu gerade nicht in der Lage. So setzen die etablierten Parteien und Interessengruppen jedenfalls in der Praxis der Integrations-, Arbeitsmarkt- und Sicherheitspolitik zunehmend auf repressive statt auf stimulierende

Instrumente, um sich des Drucks der politischen Ränder zu erwehren. Dieser nimmt nicht nur, aber auch wahlarithmetisch gerade in dem Maße zu, wie jene der Politik (neuerdings) Überdrüssigen und die (seit jeher) Abgewandten erst gar nicht mehr der offiziellen Ansprache für würdig befunden werden. Wir mögen entgegen der gängigen Prognosen mit unserem materiellen Wohlstand noch lange auf Kosten der globalen Ressourcen leben können, doch solcher Art *politische* Verschwendung werden wir uns sicher nicht mehr lange ungestraft leisten können – ganz zu schweigen von der Vernachlässigung des *interkulturellen* Kapitals, das sich in Deutschland nach dessen unbarmherziger Verfolgung im 20. Jahrhundert gottlob wieder gebildet hat (vgl. TROJANOW 2008).

Wir leben heute nicht mehr entlang einer globalen Zonengrenze. Wir befinden uns vielmehr in einer historischen Grenzzone, in einer Phase eines globalen Übergangsprozesses, in der die Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenhalts regional spezifisch neu definiert werden. Die betrachteten Zustände in der DDR unterlagen bereits denselben Mechanismen, auch wenn sich heute der Kontext radikal verändert darbietet. Es wäre eine lohnende Aufgabe für die DDR-Forschung, aber auch für die Politikwissenschaft im Allgemeinen, den Blick vom Scheitern stärker auf die Keime gesellschaftlichen Zusammenhalts auch unter widrigen Bedingungen zu lenken. Vorbehaltlich der auch in dieser Untersuchung geäußerten Kritik böte die Opposition in der DDR einen sinnvollen Ausgangspunkt, um an die demokratische Tradition alternativer und verantwortungsbewusster Konzeption und Gestaltung von Politik anzuknüpfen. Ein solches Unternehmen bedarf allerdings gesteigerter gesellschaftlicher Nachfrage. Wir müssen der Erkenntnis zum Durchbruch verhelfen, dass die Erosion von innergesellschaftlicher und globaler Solidarität die eigentliche Gefahr darstellt, die der freien Welt im 21. Jahrhundert droht.